Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 3. April 1999 109. Jahrgang Nr. 31.191

Rombesuch Menems mit Kriegskulisse

Beziehungen zur NATO, Mercosur und EU-Subventionen

Präsident Carlos Menem wurde am Sonntag abend drastisch an die Tatsache des Krieges der Nato gegen Serbien im Kosovo erinnert. Menems Flugzeug Tango 02 war das einzige der drei, die ihn und seine Begleiter nach Italien brachten, das pünktlich in Rom landete. Die beiden anderen mußten in Madrid warten, bis die Nato-Bomber ihren Angriff auf Jugoslawien geflogen hatten.

Der vierte Besuch Menems in Italien war einerseits der Vertiefung der bilateralen Beziehungen gewidmet, hatte andererseits aber auch einige sehr handfeste Motive. So unterstützt Italien eine Ausdehnung der Beziehungen Argentiniens zur Nato, deren Externmitglied es bereits ist. Allerdings hat dies bisher keinen praktischen Nutzen wie beispielsweise den Zugang zu der hochentwickelten Waffentechnologie der Nato-Länder gebracht. Wenn die Regierung auch eine engere Beziehung anstrebt, lehnt sie die Teilnahme an Konflikten wie im Kosovo jedoch ab. Die eminente Bedeutung, die Argentinien den Themen Mercosur und den Subventionen landwirtschaftlicher Produkte in der Europäischen Union (EU) beimißt, brachte Menem auch diesmal zum Ausdruck. Am Montag warnte er gegenüber Italiens Premier Massimo D'Alema im Rahmen einer Pressekonferenz, der Gipfel von Mercosur und EU im Juli in Rio de Janeiro habe keinen Sinn, wenn Europa die Subventionen von Produkten ihrer Landwirtschaft nicht senke. Mit D'Alema hatte Menem sich vorher zu einem Gespräch über mehrere Themen getroffen. Unterredungen mit Ex-Präsident Francesco Cossiga, dem Vorsitzenden der Volkspartei und Präsident Oscar Luigi Scalfaro folgten.

Die Unterzeichnung von Protokollen und zweier gemeinsamer Erklärungen rundeten den Aufenthalt des Präsidenten in Rom ab. In einem Fall geht es um den künftigen Zugang von kleinen und mittleren argentinischen Unternehmen zu italienischen Krediten, im anderen geht es um eine privilegierte Zusammenarbeit beider Länder in politischen Konsultationen. Rom wird sich hinsichtlich der Landwirtschaftssubventionen bei der EU engagieren. Die zusätzlich veröffentlichten Erklärungen beziehen sich auf die Bereiche Gesundheit und Nuklearenergie.

Am Dienstag traf sich Menem mit Giovanni Agnelli und anderen Fiatvertretern zu einem Gespräch über verschiedene Themen in Venedig, bekam eine Auszeichnung in der lokalen Universität und nahm am Abend an einem Essen des Präsidenten der Region Venetien, Giancarlo Galan, zu seinen Ehren teil. Danach eine Gondelfahrt auf dem Canale Grande Hand in Hand mit Töchterchen Zulemita. Vor dem Rückflug am Mittwoch mittag stand noch ein Unternehmerseminar und die Eröffnung einer Jorge Luis Borges-Ausstellung auf dem Programm.

Neues Patt für Menemisten

Wahlrichter in Formosa: kein Recht auf Vorkandidatur

Im Rahmen eines neuen Patts im menemistischen Schachspiel um ein neuerliches Mandat für Präsisent Carlos Menem entschied in Formosa der in Wahlangelegenheiten zuständige Bundesrichter José Lindor Costas, daß sich Menem nicht als Vorkandidat an den PJ-Internwahlen beteiligen kann. Die am Dienstag bekanntgewordene Entscheidung steht völlig im Gegensatz zu der des Bundesrichters in Córdoba, Ricardo Bustos Fierro. Dieser habilitierte den Präsidenten für die Teilnahme an den für 4. Juli festgesetzten Internwahlen des Justizialismus, bis die Grundfrage über die Wiederwahl geklärt ist. Unterdessen verlautete, daß Bustos Fierro nach Buenos Aires geflogen ist und unbestätigten Gerüchten zufolge Kontakte zur Wahlkammer und zu Bevollmächtigten des PJ aufgenommen haben soll. In Kreisen der Menemisten wird zugegeben, daß die eleganteste politische Lösung für Menem ein Kammerentscheid wäre, der den Weg schließt, den Bustos Fierro offen ließ. „Wenn die Justiz ihn ausschließt, erspart er sich einen Verzicht", hieß es im menemistischen Lager, wo einige bereits über einen Ausweg mit den geringsten politischen Kosten spekulieren. Der Wiederwahlplan hatte bereits ein empfindliches Patt in der Abgeordnetenkammer - mit den Stimmen der Allianz, des Duhaldismus und der Provinzparteien - erlebt. Andererseits aber bewirkte er auch ein internes Scharmützel im PJ, in dessen Rahmen es Eduardo Duhalde gelang, eine Übereinkunft mit Palito Ortega zu treffen. Gleichzeitig wurden tiefgehende Risse in der Front der menemistischen Gouverneure sichtbar, und Reutemann gab seinen Entschluß bekannt, nicht als Kandidat des Menemismus in die Internwahlen zu gehen. Dazu kamen Umfrageergebnisse, die den letzten Optimismus im Keim erstickten.

Ein Hornberger Schießen

Edesur-Anhörung ohne Ergebnisse

Am zweiten und letzten Tag der Öffentlichen Anhörung, in der die Konsequenzen des historischen „apagón" (Stromausfall) diskutiert wurden, von dem vor anderthalb Monaten 150.000 Stromkunden betroffen waren, schloß Energiesekretär Luis Sbértoli eine Entziehung der Konzession aus. Die legalen und wirtschaftlichen Folgen seien zu riskant, erklärte der Regierungsbeamte. Andererseits aber beharrte die Kontrollbehörde Ente Nacional de Regulación de la Electricidad (ENRE) auf der Geldbuße in Höhe von 90 Millionen Pesos, die Edesur als Wiedergutmachung für die Geschädigten zahlen muß. ENRE-Vorsitzender Juan Legisa ging sogar noch weiter und kündigte an, daß seine Behörde den Antrag auf Neuerwägung der Geldbuße, den das Unternehmen gestellt hat, ablehnen wird. Edesur-Sprecher wichen einer Antwort darüber aus, wie das Unternehmen angesichts der Ablehnung einer Ermäßigung der Buße reagieren werde. „Bis zum Eingang einer entsprechenden Mitteilung können wir nichts sagen", hieß es. Die Öffentliche Anhörung für die Bewertung der Schäden, die der „apagón" verursachte, begann am Dienstag und endete am Mittwoch. Es waren zwei Tage, in denen sowohl die Geschädigten als auch die Firmenvertreter zu Wort kamen. Dazu aber auch Abgeordnete, Senatoren, Vertreter der Stadtregierung und Repräsentanten von Verbrauchervereinigungen und die ENRE-Spitze. Allerdings schwiegen die Letztgenannten und registrierten nur die von den verschiedenen Seiten vorgebrachten Argumente. Edesur-Geschäftsführer Marcelo Silva Iribarne wurde zwar am Dienstag von erbosten Stromkunden ausgepfiffen, als er erklärte, das Unternehmen werde die Geldbuße nicht bezahlen, weil sie „illegal" sei, doch verliefen die beiden Anhörungstage ansonsten friedlich.

SERVICIOS DIGITALES S.A.
ESPECIALISTA EN
Multimedia, Títulos CD-Rom, Presentaciones Interactivas, Documentos Electrónicos, Internet, Intranet y mucho más...
Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servisios @maus.com.ar

Duhalde als Kandidat des Justizialismus

Menems letzter verzweifelter Versuch, zum dritten Mal für das Amt des Präsidenten kandidieren zu dürfen, ist kläglich gescheitert. Der Oberste Gerichtshof will ihm offensichtlich den Gefallen nicht tun, die Verfassung in diesem Sinn zu interpretieren, also die Klausel über das Verbot einer erneuten Wiederwahl für ungültig zu erklären, wegen angeblichen Widerspruchs mit dem Artikel, der allen Bürgern das Recht gewährt, zu wählen und gewählt zu werden. Im Kongress hat Menem nicht die geringsten Chancen, die Zweidrittelmehrheit zusammenzubringen, die für eine neue Verfassungsreform notwendig ist. Das scheint er schliesslich eingesehen zu haben.

Der letzte Vorstoss Menems für seine Wiederwahl wurde indessen auch so interpretiert, dass er Zeit gewinnen wollte, um Carlos Alberto „Lole“ Reutemann zum Kandidaten zu küren. Dieser hat nun auch kategorisch abgesagt. Seine Stellung ist klar und politisch vernünftig: wenn die Parteiführung in toto, also mit Menem und Duhalde, ihn als Kandidaten aufgestellt hätte, hätte er angenommen. Aber eine interne Wahl gegen Duhalde wollte er nicht. Denn einmal ist Duhalde in der Partei bestimmt überlegen, da Reutemann schliesslich ein Aussenseiter ist, der 1991 als unabhängiger Kandidat für den Justizialismus in Santa Fé kandidierte und zum Gouverneur gewählt wurde, und erst danach in die Partei eintrat und Menems Wunsch folgend den Vorsitz übernahm. Und dann scheint sich Reutemann der Tatsache bewusst zu sein, dass er, auch wenn er die interne Wahl gewinnt, Schwierigkeiten haben würde, die nationale Wahl gegen Fernando De la Rúa zu gewinnen, wenn nicht die ganze Partei, einschliesslich Duhalde, hinter ihm steht. Ein geschlagener Duhalde würde sich jedoch kaum mit viel Enthusiasmus für ihn einsetzen. Reutemann zielt jetzt auf die Kandidatur für das Amt des Gouverneurs von Santa Fé ab, wo er ziemlich sicher Gewinner ist.

Somit bleibt nur noch Eduardo Duhalde im Rennen. Dass eine Auseinandersetzung mit Ramón „Palito“ Ortega besteht, so dass die interne Parteiwahl entscheidet, wer von beiden Präsidentschaftskandidat wird, wobei der andere dann als Vizepräsident kandidiert, ist reines Theater. Duhalde gewinnt haushoch. Ebenso gehört die Kandidatur des Gouverneurs von San Luis, Adolfo Rodríguez Saá, zu den unbedeutenden Anekdoten der Politik.

Präsident Menem hat sich mit Händen und Füssen gegen die Kandidatur von Duhalde gesträubt. Das kann viele Gründe haben, von denen jedoch nur einer wirklich bedeutsam ist: Er ist überzeugt, dass Duhalde gegenüber De la Rúa verliert. Die Umfragen sind für diesen Kandidaten nicht günstig. Die Regierung verfügt nicht nur über die Meinungserhebungen, die von Julio Aurelio u.a. privaten Instituten durchgeführt werden, sondern sie erhält auch direkte Information über die Polizei und den staatlichen Informationsdienst SIDE.

Man kann davon ausgehen, dass bei den Wahlen ein Drittel der Wähler auf alle Fälle für eine bestimmte Partei stimmt, ein weiteres Drittel mehr Symphatie für eine Partei als für die andere hat, aber je nach dem Kandidaten und den Umständen oft anders wählt, und das letzte Drittel echt unabhängig ist. Das bedeutet, dass die Wechselwähler die Wahl entscheiden. Das hat schon Perón bemerkt, als er kurz vor seinem Tod in einem Gespräch mit Italo Luder, der damals schon als einer seiner Nachfolger hervorragte, ihm den Rat gab, sich vorwiegend um die Unabhängigen zu kümmern, die die Wahl entscheiden würden. Die Lage sei anders als 1945 und den folgenden Jahren, als er mit der eigenen Truppe das Rennen bequem machen konnte. Duhalde hat den Fehler begangen, seine Wahlrede zu „peronisieren“, also auf Redensarten und Ideen zurückzugreifen, die dem alten Peronismus Inhalt gaben. Dabei hat er Abstand von Menem und seinem „Modell“ genommen. Das kam bei den Wechselwählern nicht gut an. Wobei viele befürchten, dass eine Absage an Menem und seine Wirtschaftspolitik die Aufgabe der Konvertibilität und vor allem der Stabilität bedeuten. Das hat Duhalde zwar nicht gemeint, wobei seine Ankündigung, dass Jorge Remes Lenicov, sein Wirtschaftsminister sein würde, ein sehr klares Signal ist. Denn dieser hat die Provinzfinanzen sieben Jahre lag mit harter Hand geführt und stets ein ausgeglichenes Budget gehabt. Als Deputierter hat er jetzt ein „fiskalisches Konvertibilitätsgesetz“ vorgelegt, das im Wesen ein Verbot von Budgetdefiziten bedeutet.

Duhalde hat nicht das Charisma Menems und auch nicht das von Reutemann, der im ganzen Land sehr populär ist, einmal als Rennfahrer, dann als guter und ehrlicher Gouverneur von Santa Fé, ferner weil er selber ein mittlerer Landwirt ist und die Sprache dieser Leute spricht, und schliesslich, weil er gut aussieht, was für viele Frauen die Wahl entscheidet. Duhalde bemüht sich zwar um die Volksgunst, hat dabei jedoch einen mässigen Erfolg. Er hat jetzt Fachleute für seine Wahlkampagne eingesetzt, die ihm helfen, sein Image aufzupolieren. Wie weit dies wirklich Erfolg hat, sei dahingestellt.

Als Gouverneur der Provinz Buenos Aires ist sein „Image“ in letzter Zeit auch angeschlagen. Der Mord am Photographen Cabezas in Pinamar hat sich ungünstig auf Duhaldes Profil ausgewirkt und die Aufmerksamkeit auf die Provinzpolizei gelenkt. Als er dann reagierte und eine Polizeireform durchführte, hat sich die Lage noch mehr verschlechtert. Die Polizei fühlt sich angegriffen, umso mehr als viele Mitglieder prozessiert wurden, und reagiert mit Gangstermethoden. Die Zahl der Überfälle und Morde hat stark zugenommen, wobei auch ehemalige Polizeimitglieder (manchmal auch solche, die es immer noch sind) mitmachen. Die persönliche Unsicherheit ist zu einer brennenden Sorge der Provinzbewohner, vor allem in der Umgebung der Bundeshaupstadt, geworden. Duhalde hat keine Antwort auf dieses Problem, und das nimmt ihm die Bevölkerung übel. Schliesslich darf nicht vergessen werden, dass im Oktober 1997 der Justizialismus bei der Deputiertenwahl gegenüber der Allianz unterlag. Die PJ-Deputiertenliste war von Hilda „Chiche“ Duhalde, der Gattin des Gouverneurs angeführt, die der Allianz von Graciela Fernandez Meijide. Politisch wird jene Wahl so interpetiert, dass Duhalde schon eine Wahl gegen die Allianz verloren hat, obwohl selbstverständlich eine Präsidialwahl etwas ganz anderes ist.

Schliesslich fragt man sich, ob Menem jetzt Duhalde voll unterstützen wird, wie es notwendig ist, damit dieser die Wahl gewinnen kann. Menem ist ein Machtmensch, und Duhalde hat den grossen Fehler begangen, ihm seine Macht streitig zu machen. Wenn Duhalde die Wahl vom 24. Oktober verliert, dann ist er politisch erledigt, so dass dann Menem die unbestrittene Führung der Partei hat. Da der Justizialismus in der nächsten Regierungsperiode die Mehrheit im Senat beibehalten, auch eine starke Stellung in der Deputiertenkammer haben und mit der Mehrzahl der Gouverneure zählen wird, wird Menem auf alle Fälle eine wichtige Rolle spielen. Gleichzeitig würde er sich dann für das Rennen im Jahr 2003 als unbestrittener Kandidat des PJ vorbereiten. Mit Duhalde als Präsident, würde hingegen der Streit von Neuem entstehen.

Mit Duhalde als Kandidaten des Justizialismus steigen somit die Chancen für De la Rúa. Allein, die Politik bringt stets Überraschungen, und sicher ist dabei kaum etwas.

Nebel um Waffenskandal

Schmuggel nach Kroatien vor Obersten Gerichtshof

Buenos Aires (AFP) - Der Skandal um illegale Waffenlieferungen Argentiniens nach Ecuador und für den Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien soll jetzt vor dem Obersten Gerichtshof Argentiniens aufgeklärt werden. Generalstaatsanwalt Nicolás Becerra habe entsprechende Schritte angeordnet, berichtete die argentinische Presse am Mittwoch. Wegen des Waffenschmuggels zwischen 1991 und 1995 sitzen bereits mehrere Verantwortliche der staatlichen Waffenfabrik im Gefängnis. Der ermittelnde Staatsanwalt Carlos Stornelli will weitere 50 ranghohe argentinische Staatsbedienstete vor Gericht bringen, unter ihnen auch den derzeitigen Außenminister Guido Di Tella, den früheren Verteidigungs- und jetzigen Arbeitsminister Erman González und Heereschef Martín Balza.

Justizkreise und die argentinische Opposition vermuten jedoch, daß die Regierung unter Präsident Carlos Menem versuchen werde, die Ermittlungen zu stoppen. Fünf der neun obersten Richter des Landes stehen der Regierungspartei der Peronisten nahe, und da die Präsidentschaftwahlen ins Haus stehen, kommt den Peronisten der Skandal äußerst ungelegen.

Den Ermittlungen zufolge wurden 1995 insgesamt 75 Tonnen Munition und 5000 automatische Gewehre nach Ecuador geliefert, das zu diesem Zeitpunkt Krieg mit Peru um einen seit Jahrzehnten umstrittenen Grenzabschnitt führte.

Die Waffen gingen deshalb offiziell nach Venezuela. Die Lieferung von 6.500 Tonnen Waffen für das wegen des Bürgerkriegs in Ex-Jugoslawien mit einem Waffenembargo belegte Kroatien trug die Zielaufschrift Panama. Dort gibt es nicht einmal Streitkräfte.

Reutemann verzichtet auf Kandidatur

Bewerbung um Gouverneursstuhl in Santa Fe unwahrscheinlich

Carlos Reutemann hat am Montag seinen Entschluss bekanntgegeben, endgültig von der Teilnahme an den PJ-Internwahlen als Präsidentschaftsvorkandidat zurückzutreten und dementierte gleichzeitig, die Ursache von deren Verschiebung zu sein. „Ich will nicht, daß mein Name ständig ‚befingert' wird. Außerdem geben mir die Umfragen wenig Chancen. Ich bin jedenfalls kein Vorkandidat", stellte Reutemann fest.

Der Senator für Santa Fe versicherte auch gegenüber Journalisten in einer unmissverständlichen Botschaft an die Adresse jener, die ihn als Nachfolger Menems genannt hatten, dessen Kandidat sei ein anderer gewesen. Dies in einer deutlichen Bezugnahme auf Ramón Ortega, der jetzt mit Eduardo Duhalde marschiert. Damit nicht genug, äußerte Reutemann Zweifel an einer Kandidatur für das Gouverneursamt in Santa Fe. „Für dieses Rennen habe ich mich nie angemeldet", versicherte der Ex-Rennfahrer der Formel 1, und fügte hinzu, er habe bereits im März des vergangenen Jahres ganz klar und deutlich seinen Wunsch geäußert, nicht teilzunehmen. Gleichviel sparte Reutemann nicht mit Lob für den Präsidenten und versicherte: „Carlos Menem ist nach wie vor der bedeutendste Vertreter des Peronismus auf Landesebene und auch weiterhin der einflußreichste." Als Beispiel zitierte der Senator Umfrageergebnisse, denen zufolge Menem in der öffentlichen Meinung hinsichtlich der PJ-Führung an der Spitze steht. Reutemann, der seine Anerkennung für die Reformen der Regierung von Car-los Menem ausdrückte, nahm in seiner einzigen direkten Bezugnahme auf Eduardo Duhalde kein Blatt vor den Mund: „Ich glaube nicht, daß Duhalde die Wahl im Oktober gewinnen kann, wenn er nicht auf die Unterstützung von Menem bauen kann."

Auf die Frage, warum er mit der Bekanntgabe seiner Entscheidung so lange gewartet habe, beschränkte sich Reutemann auf die Antwort: „Ich war davon überzeugt, daß ich damit zum Angebot von Alternativen beitrug, die dem Justizialismus erlauben, auch weiterhin Regierung zu bleiben."

„Wir sind keine Dummköpfe"

Der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde hat am Montag eine Warnung an die Adresse jener gerichtet, die für eine neuerliche Wiederwahl von Präsident Carlos Menem eintreten. In einer drastischen Formulierung versicherte der PJ-Vorkandidat für die Präsidentschaft: „Wir Argentinier sind keine Dummköpfe, und es behagt uns nicht, daß man uns als solche behandelt." Außerdem unterstrich Duhalde ausdrücklich, er fürchte sich nicht vor einer Wahl der Präsidentschaftsformel im Rahmen eines Parteikongresses und nicht in offenen Internwahlen. Er bezog sich dabei ganz klar auf Gerüchte, die ständigen Verschiebungen der Internwahlen hätten die Abhaltung eines Kongresses zum Ziel, auf dem dann die Formel über die Köpfe der Mitglieder hinweg gewählt werden solle.

Posse Formelpartner von Meijide

90 Prozent der Stimmen in bonaerenser Internwahlen

Melchor Posse, Bürgermeister in San Isidro, ist erwartungsgemäß mit mehr als 90 Prozent der Stimmen in den Internwahlen der bonaerenser Radikalen zum Vizegouverneurskandidaten der Allianzformel gewählt worden. Sein Rivale Enrique García blieb dabei auf der Strecke. Damit lautet die Formel der Allianz für die Gou-verneurswahl in der Provinz Graciela Fernández Meijide - Melchor Posse. García konnte auch die Minderheitsämter nicht bekommen, da er die dafür erforderlichen 25 Prozent der Stimmen nicht erreichte.

Kaum waren die ersten positiven Tendenzen bekannt, setzte sich Posse mit dem Präsidentschaftskandidaten der Allianz, Fernando de la Rúa, und mit der Gouverneurskandidatin Meijide in Verbindung. Am Sonntagabend trafen sich die nunmehrigen Formelpartner, um die ersten Schritte der Wahlkampagne in der Provinz festzulegen.

Die Bewerbung Posses um die Vize-Kandidatur war von Leopoldo Moreau, Federico Storani und Juan Manuel Casella unterstützt worden, den Führern starker interner Parteiflügel. Dies war Teil eines globalen Abkommens, in dessen Rahmen Posse akzeptierte, seinen Alliierten die Mehrzahl der Listenplätze für Abgeordnete und Parteiämter zu überlassen. Als García seiner geringen Chancen in den Internwahlen gewahr wurde, bewarb er sich gleichzeitig um die Wiederwahlkandidatur als Bürgermeister in Vicente López und gewann gegen Posses Mann Norberto Erro. In San Isidro setzte sich Gustavo Posse durch, der jetzt als Kandidat versuchen wird, seinen Vater im Rathaus von San Isidro nach 16jähriger Amtszeit abzulösen. Die Koalition, die Posse unterstützte, stand auch hinter der von Horacio Jaunarena angeführten Abgeordnetenliste. Die weiteren Abgeordnetenkandidaten der UCR sind Alfredo Allende, Melchor Cruchaga, Marta Di Leo, Ricardo Vázquez, Juan Pablo Baylac, Lilian Sánchez, César Martucci und Victorio Bisciotti. Den Vorsitz im UCR-Provinzkomitee, den García innehat, übernimmt Leopoldo Moreau.

Verbrecher mit Lohnfortzahlung

Ex-Stadtratsfunktionäre unter der Lupe

In einem noch nicht dagewesenen Fall zahlte der Ex-Stadtrat von Buenos Aires mehr als zwei Jahre lang das Gehalt eines Angestellten, der unterdessen wegen eines bewaffneten Raubüberfalls in der Haftanstalt Caseros eingesperrt war. Es handelt sich um Jorge José Solís, einer der mehreren hundert *ñoquis* dieses Rates, der im Februar 1991 festgenommen wurde.

Die Institution hätte ihn eigentlich ohne Gehaltsempfang bis zum Urteil suspendieren müssen. Als dann das Urteil von fünf Jahren Gefängnis gesprochen war, wäre die unmittelbare Entlassung angebracht gewesen.

Drei Beamte der PJ-Fraktion jedoch kassierten über zwei Jahre lang Solís' Gehalt vom Tag seiner Festnahme an bis April 1993, als Solís entlassen und entschädigt wurde. Allerdings nicht wegen seiner Verurteilung, sondern wegen einer Reduzierung des Personals. Im Juli 1997, als er bereits wieder frei war, wurde er wieder angestellt. Alle diese Umstände wurden in den letzten Tagen mit Unterlagen des Strafvollzugsdienstes und des Ex-Stadtrates im Rahmen der Untersuchung von Untersuchungsrichter Alberto Baños bestätigt.

Der Richter untersucht zusammen mit einer Mannschaft von sechs Staatsanwälten unter Führung von Norberto Quantín das System der *ñoquis* im Rat. Es waren dies jene, die nur einmal im Monat, am 29., dem Tag der *ñoquis*, zum Kassieren kamen. Der Stadtrat schloss im November endgültig seine Türen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Institution ihr Ansehen wegen Unwirksamkeit und zahlreicher Korruptionsskandale längst verloren. Sie wurde dann von der heutigen Legislative der Autonomen Stadt Buenos Aires abgelöst. Entsprechend den Erkenntnissen der Staatsanwälte nominierten alle Fraktionen *ñoquis*, in der Regel hinter dem Rücken der effektiven Angestellten, um ihre politischen Aktivitäten mit diesen Gehältern zu finanzieren. In den Fall verwickelt sind sowohl Ex-Stadträte des PJ wie José Manuel Pico und Juan Carlos Suardi als auch solche der UCR wie der heutige Stadtabgeordnete Rubén Gabriele und Humberto Bonanata.

Im Fall von Solís fehlt dem Richter noch der Nachweis, ob dieser sein Einverständnis zu dem Gehaltsmanöver gab und vielleicht sogar vom Gefängnis aus daran beteiligt war, oder ob man in der Fraktion das Geld ohne sein Wissen weiter kassierte. Solís wurde als Angestellter 1986 im Stadtrat eingestellt. Drei Jahre danach gehörte er drei Monate lang neben dem Ex-Stadtrat Carlos Sandá zu einer Kommission. Am 15. Februar 1991 drang Solís zufolge der Akten des Urteils in besagtem Strafverfahren mit zwei weiteren Personen in den Club Social Nueve de Julio in der Avenida Juan Bautista Alberdi 568 ein. Irgend jemand konnte die Polizei alarmieren, während die Einbrecher immer noch im Inneren des Gebäudes waren. Als ein Polizist vor dem Eingang erschien, kam eben Solís herausgelaufen. Der Polizist hielt ihn auf und verlangte seinen Ausweis, den er ihm auch gab. Unmittelbar danach kam ein anderer Räuber mit einer Waffe in der Hand aus dem Club und begann mit dem Polizisten eine Schiesserei, was Solís nutzte, um zu flüchten. Angesichts der Tatsache, daß sein Personaldokument in Händen der Polizei war, blieb Solís keine andere Alternative, als sich den Behörden zu stellen. Er tat dies eine Woche später und versuchte, sich mit einer verworrenen Geschichte herauszureden. Allerdings glaubte ihm keiner und er kam unmittelbar hinter schwedische Gardinen. Am 15. April 1992 verurteilte ihn ein Gericht zu fünf Jahren Gefängnis.

Drei Personen, die seinerzeit leitende Funktionen in der Verwaltung der PJ-Fraktion innehatten, unterzeichneten nach seiner Festnahme weiterhin die Gehaltsquittungen. Es waren Eduardo Báez, Unterverwaltungssekretär, Luis Pronesti, Verwaltungssekretär, und Sergio Muñiz, Unterdirektor.

Ein weiterer Umstand, der die Rekonstruktion der ganzen Geschichte stützt, ist die Personalakte von Solís im Stadtrat. Sie enthält zahlreiche Eintragungen - Urlaube, Fehltage und ähnliches bis Februar 1991. Ab diesem Zeitpunkt gibt es keinerlei Eintragungen. Sein Gehalt betrug im April 1993, als er im Zuge der Neugestaltung der Verwaltung entlassen wurde, 1268 Pesos. Solís wurde im Juni 1994 freigelassen und im Juli 1997 neuerlich als Vertragsangestellter in den Stadtrat aufgenommen, wo er bis zu dessen Schließung vier Monate danach „tätig" war. In der Sache hat Untersuchungsrichter Alberto Baños 697 Personen zur Einvernahme geladen, die dringend verdächtig sind, *ñoquis* gewesen zu sein. Dieses Vorgehen wurde von den Staatsanwälten kritisiert, die glauben, daß die *ñoquis* Opfer der politischen Fraktionen waren.

SE USA CADA
VEZ QUE SE LAVA
SECARROPAS
KOH-I-NOOR
2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE
NUEVO

GUNTHER KRAUSS S.A.
¡PODEROSO EL CHIQUITIN!
Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1602) Florida
Pcia. de Buenos Aires-Argentina. Tel.: 730-0011-Fax: 730-0800

Internwahlen neuerlich verschoben

Auch am 9. Mai werden sie nicht stattfinden. Dank seiner Mehrheit im Führungsgremium des Justizialistischen Nationalrates von 21:8 gelang dem Menemismus am Samstag eine neue Verschiebung der PJ-Internwahlen. Die für den 9. Mai vorgesehene Veranstaltung, in der der PJ-Präsidentschaftskandidat gekürt werden soll, wird jetzt gegen die Meinung der aus Duhaldisten und Vertretern von Adolfo Rodríguez Saá bestehenden Minderheit am 4. Juli stattfinden.

Es war schon im Vorfeld ein offenes Geheimnis, daß der Menemismus die Internwahlen verzögern wollte. Mit einem Carlos Menem, dem es jeden Tag schwerer fällt, auf dem Wiederwahlprojekt zu beharren, braucht der hinter ihm stehende Sektor mehr Zeit für eine alternative Strategie, um sich mit Aussicht auf Erfolg der Herausforderung Eduardo Duhalde - Ramón Ortega zu stellen.

Die Verschiebung auf den 4. Juli war das Resultat einer mit harten Bandagen geführten Debatte im Nationalrat. Sie ging so weit, wie verlautete, daß neuerlich Anzeichen von Spaltung im Peronismus offenbar wurden. Gleichzeitig tauschten Menemisten und Duhaldisten sehr ernstgemeinte Drohungen aus. Der Duhaldist Eduardo Camaño, der für die Beibehaltung des 9. Mai eingetreten war, wagte am Ende prophetische Worte: „Die Verschiebung der PJ-Internwahlen gefährden den Sieg im Oktober."

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Richter als Senator

Der Präsident des Obersten Gerichtshofes der Provinz San Luis, Carlos Sergnesse, wurde zum Wochenende vom Provinz-PJ als Kandidat für den Nationalsenat nominiert. Sernesse, einer der zentralen Akteure in der Justizkrise der Provinz, ist Vorsitzender des Tribunals, das im vergangenen Jahr zwei als unabhängig eingestufte Richter ihres Amtes enthob.

Gewerkschaftsplebiszit

In Anwesenheit von ausländischen Gewerkschaftern als „Manöverbeobachter“ wird die antimenemistische Asociación de Trabajadores del Estado (ATE, Staatsangestellte) ein „Plebiszit“ des Öffentlichen Dienstes veranstalten. In der am Montag und Dienstag stattfindenden Befragung sollen die Staatsbediensteten ihre Meinung über das von der Regierung und der menemistischen Unión de Personal Civil de la Nación unterzeichnete Kollektivabkommen äußern. Die ATE-Leitung lehnt das Abkommen entschieden ab.

Granillo Ocampo

Raúl Granillo Ocampo, einer der PJ-Vorkandidaten für die Stadtregentschaft, widmete sich am Samstag der vergangenen Woche der Imagepflege. Im Rahmen seiner Wahlkampagne führte er am Vormittag einen Propagandaspaziergang in Villa Lugano an und nahm am Abend in San Telmo an einem grossen Essen teil. In den Internwahlen des Stadt-PJ am 11. April konkurriert er mit einem anderen Menemisten, nämlich Pacho O’Donnell, und mit dem Duhaldisten Jorge Argüello.

Mercado warf das Handtuch

„In der Hauptstadt besteht der Peronismus nur aus 20 Managern“, erklärte der Versicherungsgewerkschafter Jorge Mercado und kündigte gleichzeitig seinen Austritt aus dem PJ an. Mercado, der als eine Art soziales Gewissen des Peronismus aufgetreten war, versicherte außerdem, in den letzten zehn Jahren hätten sich auf Grund der Umstände zahlreiche Aktivisten des Stadt-PJ gezwungen gesehen, in anderen politischen Parteien Zuflucht zu suchen.

Cavallos Kritik

Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo hat im Rahmen seiner Kampagne als Kandidat der Partei Acción por la República für die Präsidentschaftswahlen im Oktober neuerlich scharfe Kritik am Regierungskurs geäußert. „Die Wirtschaftspolitik wird gemäß dem Wirtschaftsplan Menems gehandhabt und die Konsequenzen sind auch nicht zu übersehen“, erklärte Cavallo und fügte hinzu: „Menem regiert in Wirklichkeit nicht, sondern ist mehr damit beschäftigt, Ränke gegen Duhalde und jeden anderen zu spinnen, der öffentlich gegen ihn Stellung nimmt.“

Wildwest in Morón

Die bonaerenser Regierung von Eduardo Duhalde hat in einer öffentlichen Erklärung die Sicherheit der Richter und Staatsanwälte in Morón garantiert, die seit der Festnahme des Ex-Bürgermeisters Juan Carlos Rousselot vor acht Tagen Einschüchterungen einstecken müssen. Gerichtsgebäude und Staatsanwaltschaft bekamen eine verstärkte Sonderbewachung. Gleiche Massnahmen wurden für den Gemeinderat eingeführt, der den Rücktritt Rousselots mit den Stimmen von Duhaldismus und Allianz angenommen hatte. Rousselot wurde im Rahmen einer Untersuchung um den Verbleib von 1,5 Millionen Dollar festgenommen, die spurlos verschwanden.

Plebiszit I

Für den Vizepräsidentschaftskandidaten der Allianz, Carlos „Chacho“ Alvarez, ist die Idee einer Befragung der Bürger hinsichtlich einer neuerlichen Wiederwahl von Präsident Carlos Menem bereits abgehakt. Es sei denn, so Alvarez, daß sich Menem „einer flagranten Verletzung der Nationalverfassung schuldig“ mache. Der Formelpartner Fernando de la Rúas erklärte dies gegenüber der Presse und fügte hinzu: „Das politische und soziale Klima zeigt, daß der Versuch aussichtslos ist.“

Plebiszit II

Der bonaerenser Innenminister José María Díaz Bancalari versicherte am Sonntag, die Suspendierung der Bürgerbefragung in der Provinz am 25. April hänge von einem totalen und absoluten Verzicht auf die Wiederwahlabsichten ab. Erforderlich dazu sei eine klare Äußerung von Präsident Carlos Menem hinsichtlich seiner Bereitschaft, am Ende des Jahres die Regierung aufzugeben.

Wahlzug Duhalde - Palito Ortega

Eduardo Duhalde und Ramón Ortega beendeten am Sonntag eine ausgedehnte Zugfahrt, die sie im Rahmen ihrer Wahlkampagne von Jujuy bis in die Hauptstadt führte. Nach ihrer Ankunft veranstalteten sie eine Massenversammlung am Retiro-Bahnhof, in deren Rahmen sie die sozialkritischen Töne ihrer Kampagne noch steigerten. Der bonaerenser Gouverneur versicherte, er werde Anstöße für ein neues Wirtschaftsmodell geben, wenn er an die Regierung komme, während Palito versprach, für eine „Wiedergewinnung der Würde der Arbeit“ zu sorgen. „Dieser Empfang hier ist das Ende einer langen Reise im „Tren de la Esperanza“ (Zug der Hoffnung), und unsere Herzen sind von der Hoffnung der Menschen erfüllt. Dies ist die Gewinnerformel des Peronismus“, versicherte Ortega. Allerdings vermied der Ex-Sänger einen Hinweis dahingehend, an welcher Stelle die beiden Formelpartner jeweils stehen werden. Es ist eine Frage, die Duhalde und Ortega noch klären müssen. Auf der Tribüne legte Duhalde den entspannten Ton ab, den er während der Reise demonstriert hatte, und präsentierte sich neuerlich als bonaerenser Caudillo. Entschieden und laut erklärte er: „Wir wissen, daß wir ein neues Modell in Gang bringen müssen. Wir sind mit dem Wachstum des Landes einverstanden, wollen aber auch, daß es der argentinischen Familie gut geht. Wir werden nicht erlauben, daß man im Namen des Marktes die argentinischen Arbeitnehmer ausbeutet... Die Leute wollen nicht, daß man ihnen Lebensmittel schenkt, sie wollen Bildung und Arbeit.“ Die Polizei teilte offiziell mit, daß an der Veranstaltung rund 20.000 Menschen teilgenommen hätten, während die Veranstalter von mehr als 40.000 sprachen. Die Nummernschilder der in Bahnhofsnähe geparkten Busse verrieten, daß viele der Leute zum Jubeln aus der Provinz Buenos Aires gekommen waren.

Gegen Fahrpreiserhöhungen

Verbraucherverbände, die Ombudsmänner des Landes und der Stadt Buenos Aires und Abgeordnete der Opposition starteten in dieser Woche eine Kampagne, um die Fahrpreiserhöhungen bei den Eisenbahnen abzublocken. Der eingeschlagene Weg sind Eingaben bei der Justiz gegen die Neuverhandlung, die von der Regierung und den Konzessionsunternehmen eingeleitet wurde, sowie Anzeigen gegen die Regierungsbeamten. Die Eingabe, unterzeichnet von den Ombudsmännern Jorge Maiorana (Landesebene) und Rafael Veljanovich (Hauptstadt), den Verbraucherverbänden Adecua, Unión de Usuarios y Consumidores (Vereinigung der Verbraucher und Konsumenten), Consumidores Argentinos (Argentinische Konsumenten) und anderer wurde am Mittwoch eingereicht. Die Autoren haben zwei Ziele. Einerseits wird Einspruch gegen alle Neuverhandlungen der Eisenbahnkonzessionen erhoben und andererseits die Gültigkeit der Öffentlichen Anhörung vom 15. März angefochten. Bei dieser Gelegenheit konnten nämlich die Benützer ihre Meinung zu dem neuen Vertrag von TBA (Trenes de Buenos Aires, Sarmiento- und Mitrebahn) nicht äußern. „Die Anhörung war eine Inszenierung, nichts als eine Formalität, denn wenige Stunden später bestätigte Präsident Carlos Menem die Neuverhandlung durch ein Dekret“, erklärte dazu Patricia Vaca Narvaja von Consumidores Argentinos. Die Ablehnung der Anhörung ist einer der Gründe der Eingabe. Es geht aber auch um die Verhinderung einer Fahrpreiserhöhung, wenn das Dekret Menems im Mai in Kraft tritt. „Wir werden eine Einstweilige Verfügung gegen das Dekret beantragen“, kündigte Stadtombudsmann Veljanovich an. Die Regierung aber will nicht nachgeben. Wirtschaftsminister Roque Fernández hat bereits versichert, es werde kein Deut an der Neuverhandlung geändert.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Ausuferndes Defizit im Schatzamt

Die Abstimmung der Deputiertenkammer mit über zwei Dritteln der Stimmen, die das Veto der Exekutive gegen mehrere Paragraphen des diesjährigen Haushaltsgesetzes für null und nichtig erklärte, hat die Gemüter in der Wirtschaftsführung und im Amt des Kabinettschefs verständlicherweise aufgeregt. Kabinettschef Jorge Rodríguez ist bekanntlich für den Haushalt verantwortlich, obwohl Einnahmen und Ausgaben in der Praxis beim Wirtschaftsminister Roque Fernández und dessen Schatzsekretär Pablo Guidotti liegen, der gleichzeitig Vizewirtschaftsminister ist.

Die Bestätigung mehrerer vetierter Haushaltsparagraphen bedeuten im Klartext eine Erhöhung der Staatsausgaben zu Lasten des Schatzamtes. Am meisten dürfte die Verdreifachung der Subventionen zugunsten politischer Parteien von einem Peso auf drei Pesos je Stimme bei der letzten allgemeinen Wahl die Gemüter verärgert haben. Hinzu kommt pikanterweise, dass diese Verdreifachung vorerst der oppositionellen Allianz zugute kommt, die die letzten Wahlen vom Oktober 1997 bekanntlich gewonnen hat, so dass sie eine höhere Subvention als die Regierungspartei beanspruchen kann. Die Deputierten spekulieren mit diesen Staatsgeldern für die kommenden allgemeinen Wahlen vom 24. Oktober, um besonders aufwendige Feldzugsspesen zu finanzieren. Sicherlich wird der Senat, zumindest hinsichtlich dieser Subvention, nachvollziehen, was die Politiker in der Deputiertenkammer bereits getan haben. Wenn es ums liebe Parteiengeld geht, sind sich alle Parteipolitiker einig. Die Steuerzahler kommen dann dafür auf.

Die anderen Vetos ausserhalb des Haushaltsgesetzes beziehen sich auf die Verdoppelung des Mehrwertsteuersatzes von 10,5% auf 21% für die Beiträge zu den privaten Krankenkassen, hierzulande „prepagas“ genannt, sowie auf die Begrenzung der Zinssätze der Kreditkartengesellschaften zu Lasten der Überziehungen ihrer Kunden und zur Finanzierung von deren Einkäufen. Angeblich haben sich die massgebenden Parlamentarier im Kongress mit der Regierungsführung darüber geeinigt, diese brenzliche Frage bis etwa Ende April zu verschieben, weil zwischenzeitlich die Revision der Delegation des Internationalen Währungsfonds ab 5. April in Buenos Aires stattfindet. Dabei werden die makroökonomischen Indikatoren im ersten Quartal 1999 begutachtet werden, ebenso die Erfüllung der Fiskal-auflagen und mögliche Abweichungen im ganzen Kalenderjahr. Eine Steuersenkung, wie es das Veto der Verdoppelung des MWSt.-Satzes für Krankenkassen zur Folge hätte, passt entschieden wie die Faust aufs Auge im Umfeld einer Rezession mit fallenden Steuereinnahmen und zunehmenden Staatsausgaben. Das gesamte Veto-Paket (Haushaltsgesetz, Mehrwertsteuer und Kreditkarten) würde dem Schatzamt eine zusätzliche Last kraft geringerer Steuereinnahmen und vermehrter Ausgaben von angenommenerweise nahezu eine Milliarde Peso im Jahr 1999 aufbürden.

Dass so etwas keinesfalls machbar ist, zeigt die Ankündigung aus dem Amt des Kabinettschefs, dass sich die Exekutive jetzt anschickt, die diesjährigen Ausgaben um rund $ 1,5 Mrd. zu kürzen. Hierüber wurden schon harte Kabinettsauseinandersetzungen bekannt. Kürzungen bedeuten im Klartext, dass die betreffenden Minister und andere Ressortleiter weniger Geld haben, um ihre Haushaltsprogramme zu finanzieren. Kein Spitzenbeamter verzichtet kampflos auf sein Geld, weder in Argentinien noch sonstwo. Man wird sich daher darauf gefasst machen, dass es harte Kämpfe um Etatposten geben wird, die auf Kabinettsebene ausgefochten werden, so dass Präsident Menm am Ende als Schiedsrichter wird entscheiden müssen.

Ausser den Ausgaben entfesselte sich eine Diskussion um mögliche höhere Steuern zur Finanzierung von Mehrausgaben. Im Gespräch standen interne Konsumsteuern auf Spirituosen, Wein, Bier, Kosmetika, Schmuck und dergleichen, insbesondere Zigaretten, sowie eine Senkung der Freigrenzen der Gewinnsteuer zwecks Ausgleich der entfallenden Einnahmen als Folge der geplanten Senkung der Beiträge der Arbeitgeber für die Sozialkassen.

Massgebende Regierungssprecher haben neue Steueranhebungen zwar umgehend dementiert, aber eine Erhöhung der Zigarettensteuer nicht ausgeschlossen. Man ist offenbar in Regierungskreisen verzweifelt erpicht auf der Suche nach neuen Steuereinnahmen, weil die Ausgabensenkung stets politisch schmerzt.

Es geht bei dieser Diskussion um das zentrale Problem jeder Wirtschaftspolitik, nämlich um den Haushalt schlechthin. Das diesjährige Budget sieht einen Fehlbetrag von nahezu $ 3,0 Mrd. vor, der zu unterschiedlichen Beträgen je Quartal aufgeteilt ist. Möglicherweise gelingt es der Wirtschaftsführung, das im ersten Quartal eingeplante Defizit mehr oder weniger einzuhalten. Das wäre sicherlich ein Kunststück, hält man sich vor Augen, dass dieses Quartal mit einem bedeutenden Konjunktureinbruch einher gegangen ist. Bewahrheiten sich die Zeichen laut Vizewirtschaftsminister Guidotti („Ambito Fionanciero“ vom 31. März), dass sich die Konjunktur demnächst bessert, weil die Commodity-Preise anziehen werden (Russland, Asien und Brasilien weisen darauf hin), dann bleibt die Rezession im Griff, dürfte in den beiden folgenden Quartalen auslaufen und mit dem letzten Quartal 1998 (BIP minus 0,5%) die üblichen vier Quartale umfassen. Bleibt es hingegen bei niedrigen Commodity-Preisen, ungelöster Wirtschafts- und Finanzkrise in Brasilien und schwachen Erholungen in Asien und Russland, dann dürfte die Rezession möglicherweise länger andauern.

All das ist von entscheidender Bedeutung für die Staatsfinanzen. Einen Fehlbetrag unter $ 3,0 Mrd. anzupeilen, wie es das Haushaltsgesetz und das Abkommen mit dem Währungsfonds vorschreiben, erscheint kaum machbar. Bei fallenden Steuereinnahmen können, wie im ersten Quartal, die Ausgaben im Gleichklang vorübergehend gesenkt werden, damit das Defizit im Griff bleibt. Auf die Dauer müssen aber andere Massnahmen ergriffen werden. Die glei-

Randglossen

Auf einem juristischen Umweg protokolliert die Regierung ihre endgültige Absage der erneuten Wiederwahl, die sich politisch wie verfassungsmässig als nicht machbar erwiesen hat. Ein Beamter des Innenministeriums wurde beim cordobeser Richter Bustos Fierro vorstellig und erklärte schriftlich, dass der Paragraph 90 sowie der vorübergehende Paragraph neun der Verfassungsnovelle von 1994 durchaus rechtens seien, so dass Präsident Menem nicht als Kandidat zulässig ist, wie es der Richter erklärt hatte. Zahlreiche andere Richter und Berufungskammern hatten das längst bescheinigt. Bustos Fierro bleibt nun der Ausweg, das Verfahren niederzuschlagen und eine Entlassung zu verhindern. Menem regiert nur noch bis zum 10. Dezember. Aus.

Präsident Menem nahm in Venedig an der Eröffnung der Wanderausstellung von Memorabilia des Schriftstellers und Dichters Jorge Luis Borges anlässlich dessen hundertsten Geburtsjahres teil. Borges hatte seinerzeit mit einem Bonmot die Peronisten als weder gut noch schlecht, sondern unverbesserlich gekennzeichnet. Nun bekannte sich Menem in Venedig als ein Unverbesserlicher, welche Kennezeichnung sicherlich seinen Sinn für Humor bescheinigt, aber an der Tatsache vorbeigeht, dass Menem als Peronist sich entschieden verbessert hat, indem er in zehn Jahren genau das Gegenteil dessen vollbracht hat, was der Peronismus vor einem halben Jahrhundert verheissen hatte und Argentinien eine vierzigjährige Dekadenz bescherte. Der unverbesserliche Peronist Menem wandelte sich in den verbesserten Justizialisten um, der Argentinien wieder Stabilität und Wohlstand verheisst.

che Konsequenz hat die Regierung bereits gezogen, als das Amt des Kabinettschef die Streichung von Ausgaben für $ 1,5 Mrd. ankündigte. Private Wirtschaftskonsulenten, die in Sachen Staatsfinanzen stets pessimistisch urteilen, indem sie geringere Einnahmen und höhere Ausgaben vorwegnehmen, schätzen den Fehlbetrag längst auf $ 6,0 bis sogar $ 8,0 Mrd., was mehr als doppelt so viel wie das Haushaltsgesetz und das Abkommen mit dem Fonds wäre. Ein solches Defizit setzt freilich weiterhin fallende Steuereinnahmen für die drei letzten Quartale voraus, was nur eintritt, wenn die Rezession sich vertiefen würde und keine Zeichen einer Erholung sichtbar wären, während gleichzeitig die Regierung und der Kongress nahezu allen Ausgabenwünschen stattgeben würde, was ebenfalls unwahrscheinlich erscheint.

Sicherlich werden laufend Forderungen an die Adresse der Regierung gestellt, damit neue Subventionen locker gemacht, Gehälter und Renten angezogen und Steuern gesenkt werden. Hinzu kommen allerlei öffentliche Bautenprojekte, die in Wahlkampfzeiten stets blühen, unbeschadet ihrer echten Priorität und wirtschaftlichen Machbarkeit. Die Sparwut im Schatzamt dürfte sich vielmehr auf solche Bautenprojekte stürzen, bevor sie in Gestalt von Ausschreibungen und Zuschlägen echte Ausgaben verpflichten. Wir haben an dieser Stelle mehrmals solche Bauprojekte kritisiert, weil sie weder prioritär noch wirtschaftlich zu rechtfertigen sind.

Das Defizit der öffentlichen Hand ist längst zu hoch, zählt man das Kassendefizit im Schatzamt, die Neuverschuldung durch Ausgabe von Staatstitel für allerlei Zwecke, die Fehlbeträge mehrerer Provinzen, zahlreicher Gemeinden und anderer Staatsstellen zusammen. Sicherlich wird 1999 ähnlich wie 1998 mit etwa $ 10 Mrd. Neuverschuldung der gesamten öffentlichen Hand (Nation, Gliedstaaten, Gemeinden und andere Staatsstellen) abschliessen, was keinesfalls ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes, sondern etwa drei Prozent des BIP und mehr als zehn Prozent der konsolidierten Gesamtausgaben von angenommenen nahezu $ 90 Mrd. ausmachen würde.

Das ist entschieden zu viel für Argentinien, dessen Kapitalmarkt nicht bereit ist, die Neuverschuldung wie anderenorts im Inland voll zu finanzieren, so dass die Auslandsschulden pausenlos wachsen und teuer verzinst werden müssen. Seit die Zentralbank das Defizit im Schatzamt und in den Gliedstaaten nicht mehr mit Geldschöpfung finanzieren darf, wie es in Zeiten hoher und Hyperinflation geschah, müssen die Fehlbeträge mit Staatsbonds und anderen Methoden gedeckt werden, so dass die Gläubiger identifiziert sind und das Solvenzrisiko bemessen.

Die Wirtschaftsführung ist besonders umsichtig und erfolgreich, was ihre Verschuldungspolitik angeht. Für 1999 sind die Finanzierungsbedürfnisse bis zum dritten Quartal gedeckt, so dass angenommen werden darf, dass mangels aussergewöhnlicher Krisen im Ausland auch das letzte Quartal finanziert werden kann. Die neue Regierung wird beim Amtsantritt am 10. Dezember Zeit haben, um ihr eigenes Finanzierungsprogramm in die Wege zu leiten, wofür sie sich bei Minister Roque Fernández, Schatzsekretär Pablo Guidotti und Unterstaatssekretär Miguel Kiguel wird bedanken können.

Indessen wächst die Sorge, dass die Auslandsfinanzierung nur mit hohen Zinssätzen von neuerdings über 12% per annum über die Bühne geht. Künftigen Wirtschaftsministern wird hiermit eine Finanzbürde aufgebrummt, wenn laufend billigere Verschuldungen durch teurere abgelöst werden. Argentinien muss etwa doppelt so viel wie die USA für seine Staatsverschuldung bezahlen, was sicherlich keine Kleinigkeit ist.

Der tiefe Grund für diese hohen Finanzierungskosten liegt in den Fehlbeträgen der öffentlichen Hand verborgen, die das Solvenzrisiko vermehren und Gläubiger stutzig machen. Hohe Staatszinsen färben zudem auf den gesamten Zinsspiegel im Land ab und schrecken Investoren ab, deren Projekte sich ertragsmässig nicht mit den Zinssätzen staatlicher Anleihen messen können. Auch deshalb steht und fällt die Wirtschaftspolitik mit dem Haushalt der öffentlichen Hand.

Die Rebellion der Landwirte

Die Landwirte befinden sich in Aufruhr. Die Preise sind dermassen gesunken, dass selbst diejenigen, die gute Ernten einfuhren, bei hohen Hektarerträgen und effizienter Betriebsführung, Verluste erleiden. Zudem werden sie jetzt mit zusätzlichen Steuern zur Kasse gebeten. Die Steuer auf den vermeintlichen Gewinn, die die Aktiven belastet, ist für die Landwirtschaft besonders gravierend, da allein der Bodenwert im Verhältnis zum Umsatz und zum Gewinn sehr hoch ist. Wenn Verlust besteht, muss der Landwirt diese Steuer mit finanziellen Reserven bezahlen, die er in den meisten Fällen nicht hat. Zudem haben die Landwirte Schulden, die sie in schlechten Jahren nicht abtragen können. Auch hier steigt die Belastung infolge der Steuer von 15% auf bezahlte Zinsen. Viele Landwirte stehen faktisch kurz vor dem Konkurs, oder sie müssen ihre Ländereien verkaufen, wobei es unter diesen Umständen auch weniger Käufer gibt und die Bodenpreise auf alle Fälle niedriger sind. Das Gesamteinkommen der Landwirtschaft, alle Sparten zusammengenommen, dürfte dieses Jahr um gut U$S 5 Mrd. niedriger als im Vorjahr liegen, sofern die Preise nicht unmittelbar steigen, wie es sich in den letzten Wochen bei Getreide andeutet.

Die Verbände, die die Landwirte vereinen, drohen mit einem Streik, der grundsätzlich darin bestehen soll, dass während einigen Tagen keine Rinder verkauft werden. Das hat eine geringe Wirkung und dürfte eher spurlos vorübergehen. Es handelt sich mehr um eine Geste als um eine wirklich effektive Massnahme. Die gesuchte Öffentlichkeitswirkung ist dabei gering. Deshalb versuchen die vernünftigeren Leiter der Verbände, dass diese Drohung schliesslich nicht verwirklicht wird, sie jedoch von der Regierung eine entgegenkommende Haltung erreichen. Bisher hat sich Wirtschaftsminister Roque Fernandez hart verhalten, mit dem Argument, er könne diese vor kurzem geschaffenen Steuern nicht wieder abschaffen, einmal weil dies unseriös sei (da er dann zugeben würde, dass diese Steuerreform ein Fehler war), aber hauptsächlich, weil ohnehin schon die Steuereinnahmen stark unter dem Plansoll liegen.

Diese Quadratur des Kreises hat indessen eine Lösung. Die Regierung könnte diese Steuern für ein Jahr vertagen und gleichzeitig direkte Kontrollen bei der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte einführen, wie sie unter Landwirtschaftssekretär Felipe Solá schon vorgesehen waren, wobei die Studien weit fortgeschritten waren. Unter seinem Nachfolger, Gumersindo Alonso, der am Mittwoch entlassen wurde, wurde all dies ad acta gelegt und die Fachleute, die sich mit diesen Themen befassten, wurden entlassen. Bei den Weizenmühlen war schon vor einem Jahr verfügt worden, dass sie ab September 1998 ein Messgerät einfügen müssten, das angibt, wie viel Mehl erzeugt wird und die Daten in ein informatisches Gedächtnis einfügt, zu dem nur die Behörden Zugang haben. Das System sollte von einer privaten Firma kontrolliert werden. In der Praxis geschah überhaupt nichts; der Beschluss geriet einfach in Vergessenheit. Auch bei der Rinderwirtschaft war das Projekt schon weit fortgeschritten, die Schlachthäuser zu zwingen, Waagen einzuführen, die alle Tiere vor der Schlachtung zählen und wiegen und die Daten ebenfalls in ein informatisches Gedächtnis einfügen sollten. Auch hier sollte dies privat kontrolliert werden. Danach war beabsichtigt, ähnliche Systeme bei Ölsaaten, Zucker u.a. Produkten einzuführen. Nach privaten Studien, beträgt die gesamte Steuerhinterziehung bei der Rinderwirtschaft, vom Landwirt bis zum Metzger, über $ 800 Mio. Diese Summe könnte zum grössten Teil durch diese Kontrollen erfasst werden, womit das Schatzamt den Betrag, der durch die genannten Steuern eingenommen werden soll, mehr als ausgleicht. Das Konzept, um das es hier geht, besteht darin, dass die Hinterzieher zur Kasse geben werden, statt denjenigen, die schon ihren Steuerpflichten nachkommen, eine unerträgliche höhere Last aufzubürden. Wirtschaftsminister Roque Fernandez kennt diesen Fall genau und war einverstanden. Es ist gut möglich, dass der Rücktritt von Alonso mit diesem Thema zu-

sammenhängt und diese Kontrollen jetzt eingeführt werden.

Die Menem-Regierung hat sehr viel für die Landwirtschaft getan. Die Exportsteuern wurden abgeschafft (sie bestehen nur noch in Ausnahmefällen, wie bei Ölstaaten, um die lokale Ölproduktion zu fördern), ebenfalls die statistische Gebühr von 3% auf Exporte, die Frachtensteuer von 11%. Die Hafenrationalisierung und -privatisierung, plus Austritt aus dem Frachtenkartell (genannt „Konferenzen“) haben die Verschiffungskosten spürbar gesenkt. Ebenfalls sind die Kosten beim internen Transport, dank Deregulierung des Lastwagenverkehrs, Privatisierung der Eisenbahnen und verstärktem Flusstransport auf dem Paraná, stark gesunken. Auch die Vertiefung des Paraná-Flusses vom Río de la Plata bis zur Stadt Santa Fe hat die Frachten gesenkt, da die Schiffe mit voller Fracht aus den Häfen am Paraná auslaufen können. Dann sei noch berücksichtigt, dass die Herabsetzung der Importzölle zu einer Verbilligung von Düngemitteln und landwirtschaftlichen Chemikalien sowie Maschinen geführt hat. Hinzu kommt schliesslich noch, dass die Versicherungstarife bei Exportgeschäften dank Deregulierung gesunken sind, dass die Exporteure sich über Auslandskredite billiger finanzieren können und dass die Stabilität auch für die Landwirte Vorteile gebracht hat. Die Ernte wird in den letzten Jahren schnell und ohne Schwierigkeiten verkauft und verschifft, was für den Landwirt geringere Lagerungskosten und auch geringere Zinskosten bedeutet. Der Unterschied zwischen dem Preis in Rotterdam oder sonstwo und dem Nettopreis, den der Landwirt ab Betrieb erhält, hat sich somit spürbar verringert. Während er früher oft nur etwa 50% erhielt, sind es jetzt über 80%.

Die Landwirte haben sich jahrzehntelang für ein marktwirtschaftliches System eingesetzt, wie es die Menem-Regierung geschaffen hat. Sie erhalten dabei den vollen Gewinn in guten Zeiten, müssen dann aber auch Verluste in schlechten Jahren tragen. Früher hat der Staat in Perioden hoher Weltmarktpreise einen Teil durch Exportsteuern abgeschöpft, aber dann den Landwirten, vor allem bei niedrigen Preisen, durch weiche Kredite einen Inflationsgewinn zugeschanzt hat. Ausserdem gab es lange Zeit Mindestpreise für Getreide, zu denen der Staat über die Getreidejunta kaufte und dann den Verlust trug, wenn der Marktpreis niedriger war. Das marktwirtschaftliche System hat sich offensichtlich bewährt, wie es in den Erntezahlen und dem sichtbaren Forschritt der Landwirtschaft zum Ausdruck kommt. Aber in schlechten Zeiten weist es Härten auf, die die unvermeidbare Kehrseite der Medaille sind.

Ein guter Teil des Problems der argentinischen Landwirtschaft besteht nach wie vor in den hohen und allgemeinen Subventionen und dem Protektionismus die in der EU, den USA, Japan u.a. Ländern bestehen. Menem hat diese Frage bei seinem Italien-besuch erneut hervorgehoben indem er klipp und klar sagte, die EU sollte beim Gipfeltreffen mit dem Mercosur, das für dieses Jahr angesagt ist, keine Zollsenkungen erwarten, wenn die Subventionen und Importbeschränkungen nicht abgeschafft (oder auf alle Fälle stark verringert) werden. Da dies vorerst unwahrscheinlich ist, wird aus dieser Konferenz wohl nichts werden. In dieser Beziehung ist die von US-Präsident Clinton angekündigte „Millennium-Runde“ der Welthandelsorganisation viel wichtiger, bei der die Uruguay-Runde des GATT (die 1994 mit dem Abkommen von Marrakesh endete) hinsichtlich der Agrarfrage weitergeführt werden soll. Einmal wurden die zugesagten Subventionssenkungen bei Agrarexporten nur zum Teil erfüllt und dann wurden nicht zulässige Restriktionen beibehalten. Einmal soll kontrolliert werden, wie weit das Marrakesh-Abkommen erfüllt wurde, und dann soll der Abbau der Subventionen und des Protektionismus weitergeführt werden.

Hierzu sei bemerkt, dass Deutschland und England schon angekündigt haben, dass sie ihre Finanzierung der EU-Kasse beschränken würden, was zu geringeren Subventionen zwingt. Ebenfalls geht die deutsche Regierung zunehmend dazu über, die Subventionen an die Person des Bauern zu binden, statt an seine Produktion.

Eine wirtschaftliche Subvention wird so zu einer sozialen Unterstützung. Das Ergebnis ist dann, dass weniger produziert wird. Die Zukunftsaussichten sind somit für die argentinische Landwirtschaft gut; aber die Regierung muss sich eben aktiv darum kümmern, dass dies beschleunigt wird.

Die anormale Bankenliquidität

Die lokalen Banken haben gegenwärtig zwischen $ 4 und $ 5 Mrd. an überschüssiger Liquidität, d.h. über die Forderung der ZB hinaus. Die Depositen sind seit der Tequila-Krise im Jahr 1995 fast ununterbrochen gestiegen, und die Kredite auch. Aber in letzter Zeit sind die Banken vorsichtiger geworden, wie wenn sie eine tiefere Rezession befürchteten, bei der viele Unternehmen dann nicht zahlen können. Da ausserdem die grossen Unternehmen, die sich vorher zum Teil im Ausland finanzierten, mehr auf lokale Finanzierung übergegangen sind, bleibt weniger für mittlere und kleine Unternehmen übrig. Bis zur Vorwoche waren im Verlauf dieses Jahres Obligationen privater Firmen für U$S 2,72 Mrd. verfallen, die im Ausland untergebracht worden waren. Neue Obligationen wurden in der gleichen Zeit für U$S 1,42 Mrd. verkauft, so dass ein Saldo von U$S 1,3 Mrd. verbleibt, von dem man annimmt, dass der grösste Teil durch lokale Kredite ersetzt wurde.

Für die Banken ist diese Extraliquidität kein gutes Geschäft. Sie legen dieses Geld besonders in Schatzscheinen an, bei denen es viel weniger als bei einem Kredit rentiert, wobei diese Anlage jedoch sehr liquide ist. Die Vertreter der Privatwirtschaft, die die schwere Rezession am eigenen Leib verspüren, vertreten mit Recht den Standpunkt, dass die Banken diese Liquidität ausleihen sollten. Das würde die Krise mildern und auch eine gewisse belebende Wirkung haben. Vorgeschlagen wurde schon eine Herabsetzung des Koeffizienten der obligatorischen Liquidität; aber wenn die Banken schon jetzt Geld übrig haben, hat dies eine geringe Wirkung.

Das Problem ist doppelter Natur. Einmal lassen die Bestimmungen der ZB über säumige Kredite den Banken wenig Spielraum, da sie selber dabei schlechter eingestuft werden, wobei die Drohung der ZB, diese Qualifizierungen zu veröffentlichen, weiter besteht. Diese Normen sollten flexibler gestaltet werden, was nicht bedeutet, dass säumige Kredite unter den Tisch gefegt werden, sondern nur, dass die Banken die Möglichkeit haben, sie zu refinanzieren und Lösungen zu finden, um den Kunden die Zahlung möglich zu machen. Die ZB verhält sich in dieser Beziehung sehr starr, was nach der schlechten Erfahrung, die sie letzthin mit den Banken Patricios und Mayo gehabt hat, verständlich erscheint. Dennoch sollte vermieden werden, dass eine prinzipiell schlechte Geschäftsführung, wie sei bei jenen Banken festgestellt wurde, mit einer Anpassung der Bankenordnung an die Realität einer krisengeschüttelten Wirtschaft verwechselt wird.

Das andere Problem besteht in den Garantien, die die Banken von den Schuldnern fordern. In diesem Sinn ist es positiv, dass die Regierung beschlossen hat, die frei verfügbaren Saldi der MWSt., die bei Exportgeschäften entstehen, in Form von Zertifikaten auf 5 Jahre, amortisierbar zu 20% jährlich, zu zahlen. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass dies in kurzer Frist vollzogen wird, damit die Unternehmen, die diese Papiere erhalten, dann sofort zu den Banken gehen können. Ebenfalls sollten andere Staatsschulden in Form von Titeln gezahlt werden, um den Zugang zum Bankkredit zu erweitern. Hier besteht ein formelles Budgetproblem, das gelöst werden muss. Solange eine Staatsschuld nicht dokumentiert ist, wird sie in der offiziellen Buchhaltung nicht vermerkt, als ob sie nicht existiere. D.h., dass die Dokumentierung von Staatsschulden eine Erhöhung der Ausgaben bedeutet. Das ist Unfug; die Lösung besteht darin, einfach einen Strich unter die traditionelle Vorlegung der Staatsfinanzen zu machen und dann unter dem Strich diese Ausgabe von Titeln zwecks Zahlung bestehender Schulden zu buchen. Die Dokumentierung ändert grundsätzlich nichts; aber für den privaten Gläubiger, der diese Papiere diskontieren oder als Garantie hinterlegen kann, entspricht dies einer Sofortzahlung mit Abschlag.

Für die meisten kleinen und mittleren Unternehmen, die kei-

ne Forderungen gegenüber dem Staat haben, muss eine andere Lösung gesucht werden. 1994 wurde der gesetzliche Rahmen für Gesellschaften für gegenseitige Garantien gegeben, die jeweils aus einer Finanzanstalt und einer Reihe von Unternehmen gebildet werden.

Diese Gesellschaften stellen dann Garantien aus und helfen dem Mitglied beim Kreditantrag bei einer Bank. Das System funktioniert in Spanien angeblich sehr gut, hat aber in Argentinien keinen Erfolg gehabt, ohne dass das Staatssekretariat für kleine und mittlere Unternehmen den Fall untersucht und eine Lösung vorgeschlagen hätte, die eventuell in einer begrenzten Gegengarantie des Schatzamtes bestehen könnte. Die Provinz Buenos Aires hat vor einigen Jahren schon ein Garantieinstitut, genannt Fogaba, geschaffen, das besser funktioniert. Dieses Institut hat Abkommen mit einigen Banken abgeschlossen, die ihren Kunden das Bestehen dieser Möglichkeit mitteilen und ihnen beim Garantieantrag behilflich sein sollen. In der Praxis funktioniert dies mangelhaft.

Im Zusammenhang mit dieser restriktiven Kreditpolitik blieben die Zinsen allgemein höher, als es bei normaler Kreditgewährung der Fall wäre. Das ist vor allem bei Hypothekarkrediten ein Problem, bei denen die Nachfrage sehr sensibel auf die Zinshöhe reagiert, die die Monatsraten entscheidend beeinflusst. Manche Bänker haben die Überliquidität damit gerechtfertigt, dass es keine ausreichende Kreditnachfrage gebe, was jedoch im Wesen eine Zinsfrage ist. Hier bleibt zu hoffen, dass die Teilprivatisierung der nationalen Hypothekarbank, mit dem Einstieg der Soros-Gruppe als bedeutender Aktionär, dazu führt, dass mehr Mittel aus dem Ausland in das Hypothekengeschäft geschleust werden. Das würde die Zinsen allgemein nach unten drücken und eine stark belebende Wirkung auf die Wirtschaft haben. Für Soros dürfte die Hypothekenbank wohl nur Sinn haben, wenn sie als Mittel zur Unterbrignung von Geldern dient, die auf diese Weise weit mehr rentieren, als bei den Anlagealternativen, die sich in den USA u.a. fortgeschrittenen Staaten bieten.

Wenn Soros jetzt dieses Geschäft selber kontrolliert, ist das Risiko wesentlich geringer. Es bleibt zu hoffen, dass eine Entscheidung in diesem Sinn nicht vertagt wird.

Schrumpfender Aussenhandel mit Brasilien

Nach der brasilianischen Megaabwertung vom Januar wurde in argentinischen Wirtschaftskreisen ein hoher Import aus Brasilien erwartet, mit grossen Schäden für die argentinische Industrie. Staatsekretär Alieto Guadagni war jedoch nicht sehr von dieser These überzeugt, und unterstellte den Aussenhandel mit Brasilien zunächst einer direkten statistischen Kontrolle. Vertreter der Industrie forderten damals Importkontingente und/oder Sonderzölle für brasilianische Waren. Menem traf jedoch sofort die prinzipielle Entscheidung, den Mercosur beizubehalten und die Kosten der brasilianischen Krise für Argentinien zu verkraften.

Die Zahlen zeigen jetzt, dass jene Furcht vor einer Importflut aus Brasilien unbegründet war. Im Gegenteil, die Importe sanken stark. Das Exekutivkomitee des Programmes der privaten Importkontrolle („inspección de preembarque“) stellte fest, dass die Importe aus und die Exporte nach Brasilien im Januar 1999 um 22% niedriger als im Januar 1998 lagen, im Februar um 42% geringer waren und im März nach bisherigen Schätzungen an die 50% geringer ausgefallen sind. Die Exporte nach Brasilien nahmen im ersten Bimester um 25% ab. Im März fand eine stärkere Abnahme statt. Wenn man absolute Zahlen nimmt, so nahmen die Importe aus Brasilien im März von U$S 632 Mio. im Vorjahr auf U$S 316 Mio. dieses Jahr ab.

An erster Stelle bei der Abnahme steht der KFZ-Bereich, mit etwa 40% geringeren Importen im 1.Quartal und einer entsprechenden Abnahme der Exporte. Da hier noch der kompensierte Austausch besteht, halten sich Exporte und Importe etwa die Waage, wobei es selbstverständlich Abweichungen gibt, weil der Ausgleich in Jahresperioden gemessen wird. Nachdem der Absatz sowohl in Argentinien wie auch in Brasilien stark gesunken ist, ist logischerweise auch der Austausch gefallen. Wenn nun in diesem Monat das System der bezahlten Verschrottung alter KFZ in Argentinien effektiv in Kraft tritt, wird der Austausch mit Brasilien noch mehr in Mitleidenschaft gezogen, da die Subvention nur für den Kauf lokal erzeugter Einheiten eingesetzt werden kann.- Wenn der kompensierte Austausch genau eingehalten wird, dann wäre es allerdings gleichgültig, wenn die Subvention auch für in Brasilien erzeugte Einheiten gilt, da für jedes importierte KFZ ein entsprechendes exportiert werden muss. Das wurde offensichtlich nicht begriffen.

Die geringeren Exporte nach Brasilien betrafen Rindfleisch, Fischprodukte, Milchprodukte, Äpfel, Zwiebeln, Knoblauch und Oliven sehr stark, aber sonderbarerweise auch Kosmetikprodukte und Möbel. Bei Import aus Brasilien wurden folgende bedeutende Zunahmen festgestellt: Obst (26%), Pharmaprodukte (19%) und Schuhe (33%). Dieser letzte Fall trifft die argentinische Industrie besonders hart, nachdem diese Branche schon vorher notleidend war. Die zwei Hauptfabrikanten, Alpargatas und Gatic, erleben eine schwere Krise, die durch die erhöhten Importe aus Brasilien, bei gleichzeitigem Rückgang der Nachfrage auf dem Binnenmarkt, verschärft wird.

Staatssekretär Guadagni schätzte, dass die Handelsbilanz mit Brasilien ab März negativ ausfallen wird, nachdem sie im Januar noch um U$S 121 Mio. und im Februar um U$S 11 Mio. positiv war. In den letzten Jahren hatte Argentinien einen hohen Überschuss im Brasilien-Handel, der das Defizit mit dem Rest der Welt zum Teil ausglich. Die brasilianische Regierung erachtet es als fair, dass die Lage sich jetzt, angesichts der tiefen Krise, die Brasilien durchmacht, umkehrt. Dagegen lässt sich prinzipiell kaum etwas einwenden, da die Abwertung den Zweck verfolgt, den Import zu drosseln und den Export zu fördern; nur muss man sich dann mehr um das Defizit mit dem Rest der Welt kümmern, da das Gesamtdefizit der Handelsbilanz sonst ceteris paribus gefährlich zunehmen würde.

Indessen dürften die Importe allgemein im Zuge der starken Rezession eine bedeutende Abnahme verzeichnen, ganz besonders die von Kapitalgütern. Indessen dürften auch die Exporte abnehmen, wegen Preisverfall bei Commodities und einer geringeren Ernte von Getreide und Ölsaat.

Argentinischer Aussenhandel: Insgesamt und mit Brasilien

In Millionen Dollar

	Export			Import			Bilateraler Saldo
Jahr	Insgesamt	Nach Brasilien	Anteil%	Insgesamt	Nach Brasilien	Anteil%	
1980	8.021	765	9,5	10.541	1.072	10,2	-307
1981	9.143	595	6,5	9.430	893	9,5	-298
1982	7.625	568	7,5	5.337	688	13,0	-120
1983	7.836	358	4,6	4.504	667	14,8	-309
1984	8.107	478	5,9	4.585	831	18,1	-353
1985	8.396	496	5,9	3.814	612	16,0	-116
1986	6.852	698	10,2	4.724	691	14,6	+7
1987	6.360	539	8,5	5.818	819	14,1	-280
1988	9.135	608	6,7	5.322	971	18,2	-363
1989	9,579	1.124	11,7	4.203	721	17,1	+403
1990	12.353	1.423	11,5	4.077	718	17,6	+705
1991	11.978	1.489	12,4	8.275	1.526	18,4	-39
1992	12.235	1.671	13,7	14.872	3.367	22,6	-1.696
1993	13.118	2.814	21,4	16.784	3.664	21,8	-850
1994	15.839	3.655	23,1	21.590	4.325	20,0	-670
1995	20.963	5.484	26,2	20.122	4.175	20,7	+1.309
1996	23.811	6.615	27,8	23.762	5.326	22,4	+1.289
1997	26.430	8.133	30,7	30.450	6.914	22,7	+1.219
1998	25.856	7.829	30,3	31.437	7.095	22,6	+734

Quelle: INDEC

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche in Pesos zwischen 6% und 7% sowie in Dollar zwischen 4,75% und 6%.

***

Der Mervalindex ist in der Berichtswoche zum Mittwoch um 1,81% auf 419,78 gestiegen, der Burcapindex stieg im gleichen Zeitraum um 0,64% auf 795,09 und der Börsenindex zog um 0,63% auf 17.298,28 Punkte an.

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) ist in der Berichtswoche um 1,14% auf $ 0,7375 gesunken.

***

Die Schiedsgerichte für Konsumfragen, die das Staatsekretariat für Industrie, Handel und Bergbau vor einem Jahr in Erfüllung des Gesetzes über Konsumentenschutz (vom Jahr 1993) und dessen Ausführungsdekret 276/98 eingerichtet hat, haben in einem Jahr 2.678 Fälle behandelt, von denn 478 durch Einvernehmen der Parteien gelöst wurden. Von den Anzeigen, die bis zum 30.März eingegangen sind, entfielen 27% auf Wohnungen, die im Rahmen des Systems der zeitlich getrennenten Verwendung durch mehrere Personen gekauft wurden („tiempo compartido“), 18% auf KFZ-Käufe, 9% auf Banken und Finanzgesellschaften, 6% auf Mobiltelefonie, 4% auf vorbezahlte Gesundheitsdienste, 4% auf Möbel und Dekoration und 3% auf Kreditkarten.

***

Gemäss einer Umfrage unter den lokalen KFZ-Fabrikanten wird die Produktion dieses Jahr mit etwa 250.000 Einheiten auf den Stand von 1992 zurückgehen. 1998 betrug die Produktion 457.919 Einheiten. Während 1998 insgesamt 237.457 KFZ exportiert wurden (fast alle nach Brasilien), werden es dieses Jahr bestenfalls 150.000 sein. Da für den KFZ-Handel mit Brasilien das System des kompensierten Austausches gilt, das um zwei Jahre verlängert werden soll und somit bis zum 31.12.2001 gilt, bedeuten niedrigere Exporte auch entsprechend geringere Importe, so dass der Export die interne Produktion kaum beeinflusst.

***

Die Regierung hat sich mit der Firma Scrap Service (Techint Gruppe) über die Verschrottung von KFZ geeinigt. Dabei liegen die Kosten für die Verarbeitung der alten KFZ doppelt so hoch wie 1996, als das gleiche Unternehmen diese Tätigkeit verrichtete. Der Preis beträgt $ 58 je Automobil, $ 90 je Nutzfahrzeug und $ 190 je Lastwagen. Somit kann die bezahlte Verschrottung nächste Woche effektiv in Kraft treten.

***

Während die Firma Alpargatas mit guten Erfolgsaussichten über die Umstrukturierung der Schulden von U$S 650 Mio. verhandelt, führt sie eine tiefgreifende Wandlung bei der Produktionsstruktur durch. So wurde letzte Woche die Stillegung der Spinnerei in Formosa angekündigt. Die dortige Produktion wird in der Fabrik in Catamarca getätigt werden.

***

Arbeitsminister Erman Gonzalez hat ein Projekt angekündigt, dass den Unternehmen erlauben soll, bei Zahlung von 60% bis 70% der normalen Entlohnung bis zum Pensionierungsalter, Männer über 60 und Frauen über 55 Jahre zu entlassen. Die Unternehmen müssen jedoch weiter die Beiträge zum Rentensystem zahlen. Bei diesem System entfällt die Entlassungsentschädigung. Diese Reform soll durch Dekret verfügt werden, jedoch frewillig sein. Das bedeutet, dass hierbei Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen muss. Die Entlassenen können ausserdem anderweitig weiterarbeiten. Der Minister erklärte, der Vorteil dieses Systems bestehe für die Arbeitnehmer darin, dass sie sich später normal pensionieren können, während ihnen bei normaler Entlassung oft die notwendigen Beitragsjahre fehlen.

***

Die gesamten Einnahmen an Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren der Nationalregierung lagen im März um 5,1% unter dem gleichen Vorjahresmonat. Dennoch soll das mit dem IWF vereinbarte Defizit von $ 1,3 Mrd. für das erste Quartal eingehalten werden, sagte Unterstaatsekretär Rodriguez Usé.

***

Der Aktienindex der Börse von Buenos Aires, MERVAL, hat im gesamten Monat März eine Zunahme von 10,2% verzeichnet.

***

Nachdem die französische Renault 36,8% der japanischen Nissan gekauft hat, hat sie den Beschluss gefasst, Nissan-Kleinlaster in Argentinien zu montieren.

***

Der Gesamtkonsum an öffentlichen Diensten lag im Februar um 10,4% über dem gleichen Monat 1998. Der Stromkonsum stieg um 12,8%, die Gasförderung um 9,3%, der internationale Telefonverkehr um 8,1% bei Verbindungen von Argentinien aus und um 5,5% bei Anrufen aus dem Ausland. Bei Mobil-Telefonen fand eine Zunahme von 25,4% statt. Die Zahl der KFZ, die Strassengelder zahlten, stieg um 1,4% bei nationalen Strassen und 6,7% in denen der Provinz Buenos Aires. Das Frachtvolumen der Eisenbahn sank um 1,6% und das der Luftfahrt um 7,6%. Die U-Bahnen transportierten 4,2% mehr Passagiere, aber die Vorotteisenbahnen 1,5% weniger und die Passagierdienste zwischen Städten um 6,5% weniger. Die städtischen Omnibusse transportierten 6,6% weniger Passagiere.

***

Ab 1.Mai wird die Regierung den Bauunternehmen, die ab September 1998 Wohnungsbauten für über 2.500 qm eingeleitet haben, die Sozialbeiträge zurückerstatten. Danach soll ein ähnliches Kriterium bei der Landwirtschaft angwendet werden. Die Vergünstigung für die Bauwirtschaft gilt für ein Jahr. Der Sinn der Massnahme besteht in der Legalisierung der zahlreichen Schwarzarbeiter dieser Branche.

***

Wirtschafsminister Roque Fernandez hat am Mittwoch den Rücktritt von Landwirtschaftssekretärs Gumersindo Alonso gefordert, wobei dies nachher von Präsident Menem bestätigt wurde. Alonso soll durch Jesus Legiza ersetzt werden, der Berater des Wirtschaftministers ist und unter Landwirtschaftssekretär Felipe Solá Unterstaatsekretär war. Alonso hatte sich für die Forderungen der landwirtschaftlichen Verbände eingesetzt und offen gegen Fernandez Stellung bezogen, was dieser nicht geduldet hat. Ausserdem war er als Staatsekretär ineffizient und hat hauptsächlich Politik gemacht. Alonso wurde seinerzeit auf Antrag von De la Sota ernannt, nachdem dieser die Wahl für das Amt des Gouverneurs von Córdoba gewonnen hatte. Es war somit eine rein politische Ernennung. Jetzt übernimmt Roque Fernandez wieder die volle Führung.

***

Die Zahl der Konkurse („Quiebras“) und Vergleichsverfahren verzeichnet im März eine starke Zunahme. Die Vergleichsverfahren stiegen um 18% gegenüber Februar 1999 und um 44% gegenüber März 1998, während die Konkurse um 20% gegenüber 1999 Februar und um 5% gegenüber März 1998 zunahmen. 51 Konkurse wurden auf Antrag von Banken und 25 auf Antrag der AFIP vollzogen.

***

AFIP-Direktor Carlos Silvani hat erklärt, die Einheitssteuer sei erfolgreicher als erwartet gewesen. Von 800.000 Eingetragenen dieser Steuer seien 200.000 neue Steuerzahler, die vorher schwarz gearbeitet hätten.

***

Fernando De la Rua, Oberhaupt der Verwaltung der Stadt Buenos Aires und Präsidentschaftskandidat für die Allianz, gab einen heftigen Angriff gegen

Unterbringung von Globalbons zu 12,16%

Das Wirtschaftsministerium hat am Montag die Plazierung von Globalbons zu einem Gesamtwert von US$ 1 Mrd. mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einer Effektivverzinsung in US-Dollar von 12,16% beschlossen. Die Verzinsung wird umgerechnet mit einem Basispunktwert von 690 auf von der US-Regierung untergebrachten Globalbons angegeben. Die von der argentinischen Regierung vor einer Woche plazierten Euro-Schuldscheine lagen mit 648 Basispunkten unter dem jetzigen Punktwert.

Die US-amerikanischen Banken Goldman Sachs und Chase Manhattan Bank waren mit der Unterbringung beauftragt und erhielten hierfür eine Kommission von U$S 7,5 Mio..

Der Ertrag des Globalbons setzt sich aus einem Festkupon mit einer Verzinsung von 11,75% und einem Plazierungspreis von 97,636% des Nominalwertes zusammen. Die Emissionskosten von 12,3% werden sich bis zum Ende der Laufzeit im Jahre 2009 amortisieren.

Zusätzlich zu den US$ 1 Mrd. wurde der Zentralbank die Zeichnung zu den genannten Bedingungen von Bonds für insgesamt US$ 250 Mio. für ihr Investitionsportfeuille angeboten. Damit sollen bereits amortisierte Titel ersetzt werden.

Mit der jetzigen Plazierung wurde der Finanzierungsbedarf der argentinischen Regierung für die ersten drei Monate 1998 gedeckt. In Lateinamerika hatte Mexiko in der Vorwoche Schuldscheine im Wert von US$ 1 Mrd. mit Laufzeit bis 2005 zu einem jährlichen Zins von 9,75% plaziert.

Im Wirtschaftsministerium wird der Einsatz weiterer langfristiger Finanzierungsinstrumente mit Laufzeiten von 20 bis 30 Jahren diskutiert. Sie sollen neben den Globalbons 2027 der AFJP, deren Zeichnung im März endete, untergebracht werden. Diese Schuldscheine brachten bereits U$S 1 Mrd. ein und deckten damit den Finanzbedarf des letzten Quartals 1998 und der ersten drei Monate 1999.

das Unternehmen Aguas Argentinas S.A. bekannt, das die Wasserver- und -entsorgung in der Bundeshauptstadt und Umgebung in Konzession betreibt. De la Rua wies darauf hin, dass das Unternehmen sich verpflichtet habe, U$S 1,3 Mrd. zu investieren und statt dessen nur U$S 500 Mio. investiert habe. AA antwortet, dass die effektiven Investitionen seit der Privatisierung U$S 1,2 Mrd. ausgemacht hätten. Weiter behauptet De la Rua, das Unternehmen hätte eine Tarifherabsetzung von 27% versprochen, wobei der Tarif statt dessen um 27% zugenommen habe. AA kontert, dass der Tarif jetzt 13% niedriger als vor 5 Jahren sei. Die Kritik von De la Rúa richtet sich auch gegen María Julia Alsogaray, von der das Kontrollamt ETOSS abhängt, wobei er auch hier Argumente verwendet, die auf falschen Tatsachen gründen.

***

FLACSO (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales) hat im Mai 1998 eine Studie durchgeführt, die zum Schluss kommt, dass der Telefontarif seit der Privatisierung in laufenden Werten um 115% zugenommen habe. **Das Wirtschaftsforschungsinstitut FIEL wiederlegt dies mit einer sorgfältigen Studie, in der darauf hingewiesen wird, dass FLACSO einen groben methodologischen Fehler begeht, indem Tarife mit Mengen gemischt würden, so dass die Zunahme des Telefonverkehrs mit einer Tariferhöhung gleichgesetzt wird. FIEL kommt zum Schluss, dass der Tarif nominell um 51% zugenommen habe, real jedoch um 39% gesunken sei. FIEL berücksichtigt dabei den festen Tarif für das Abonnement, den Tarif für den sogenannten „Puls“ und auch die Anschlussgebühr. FIEL weist darauf hin, dass der Tarif heute real um 30% unter dem Mitte der 80er Jahre liegt. Würde die bedeutende Qualitätsverbesserung berücksichtigt, so wäre die Verringerung noch viel höher.**

***

Durch Dekret 262/99 (Amtsblatt vom 30.3.99) wurde den Erdölunternehmen, die Förderungskonzessionen im Golf von San Jorge (Provinzen Chubut und Santa Cruz) betreiben, gestattet, die Investitionen in neuen Bohrungen zu 60% im ersten Jahr und zu 40% im zweiten abzuschreiben. Die schon bestehende Bohrtätigkeit wird ausgeschlossen. Diese Vergünstigung wird gewährt, damit die Erdölunternehmen ihre Investitionen weiterführen, die sie sonst unterbrochen hätten, als Folge des niedrigen Erdölpreises.

***

Die Weinlieferungen für den Binnenkonsum lagen im Januar um 8,32% unter dem Vergleichsmonat vom Vorjahr. Für Februar und März wird mit einer Abnahme von 10% gerechnet. Der Weinkonsum lag 1998 zum ersten Mal unter 40 Litern pro Einwohner, weniger als die Häflte wie noch vor zwei Jahrzehnten. Dabei betrifft die Abnahme jedoch ausschliesslich den gewöhnlichen Wein. Qualitätsweine und Sekt konnten den Mengenumsatz erhöhen, der heute doppelt so hoch wie vor einem Jahrzehnt liegt, wobei auserdem der Export stark stieg. Dieses Jahr wird nach Meinung der Fachleute ein aussergewöhnlich gutes Jahr für die Trauben sein, so dass eine besonders gute Qualität erwartet wird.

***

Landesweit haben 900 Bankfilialen bereits die technischen Voraussetzungen geschaffen, um das System zur Anerkennung eidesstattlicher Erklärungen und Steuerzahlungen (Osiris) anzuwenden. Mit Ausnahme der Grossunternehmen und den Nutzern des Systems 2000 stehen die Geldinstitute allen Steuerzahlern zur Zahlung ihrer Steuerschulden zur Verfügung, wie die Bundesstelle für Öffentliche Einnahmen (AFIP) durch Beschluss 535 erklärte. Osiris erlaubt es den Steuerzahlern, die Steuererklärungen verschlüsselt über das Internet an die AFIP zu senden. Osiris tritt am 1. Juni in Kraft; bis dahin ist die Anwendung optativ.

***

Die Holding Sociedad Comercial del Plata (SCP) wird den Vertrieb von Erdgas aufgeben. SCP stimmte am Montag für den Verkauf der Beteiligung, welche die Compañía General de Combustibles (CGC) über Discogas bei Invergas S.A. hat. Käufer ist die US-amerikanische Louisville Gas and Electric (LG&E), die U$S 73,5 Mio. für das Aktienpaket zahlen wird. Hintergrund des Geschäfts ist eine Umstrukturierung der Passiva bei SCP, die durch Verluste bei den Holdingunternehmen Tren de la Costa und den Parque de la Costa stark zugenommen hatten. Invergas hat mit 70% die Aktienmehrheit bei dem Gaslieferanten Gas Natural BAN, welcher 26 Distrikte im Norden und Westen von Gross-Buenos Aires mit insgesamt 1,6 Mio. Haushalten bedient. CGC verabschiedet sich durch die Transaktion von einem Marktsektor, in den es 1992 gemeinsam mit Gas Natural SDG und einer spanischen Bankengruppe eingetreten war. SDG hält als Hauptaktionär 72% der Aktien von Invergas.

***

Compañía General de Combustibles (CGC) der Soldati-Gruppe hat ihren Anteil von 16,1% an Gas Natural BAN für U$S 57 Mio. an das US-amerikanische Gasunternehmen LG&E Energy für 50 Mio. sofort in bar und weitere U$S 7 Mio. im Jahr 2002 verkauft. Da LG&E Energy auch für U$S 9,4 Mio. Anteile der Melhem-Gruppe an Gas Natural BAN erwarb, summiert sich der Endbetrag einschliesslich Honorarzahlungen an die am Geschäft beteiligte Investitionsbank auf insgesamt U$S 73,5 Mio.. Die Soldati-Gruppe ist an Gas Natural BAN über das Konsortium Invergas S.A. beteiligt, das von der spanischen Gas Natural SDG angeführt wird. Die Spanier halten 72% der Aktien, CGC (zusammen mit der Melhem-Gruppe) 28%. Invergas kontrolliert auch 70% von Gas Natural BAN. Vor einem Jahr hatte die Regierung ihre letzten 20% von Gas Natural BAN für U$S 83 Mio. verkauft. Der verbliebene 10%-Anteil der Arbeiter wurde von dem US-amerikanischen Investitions-Fonds Farallon Capital übernommen. Gas Natural BAN ist nach Kundenzahlen und Marktanteilen der zweitgrösste Gasanbieter Argentiniens. Vom Volumen des vertriebenen Gases liegt das Unternehmen an dritter Stelle. Gas Natural BAN beliefert 26 Distrikte im Norden und Westen von Gross-Buenos Aires, einer 15.000 km2 grossen Region mit 1,6 Mio. Wohnungen. Fast zwei Drittel dieser Wohneinheiten beziehen ihr Gas durch das Unternehmen.

***

Die italienische Foxpetroli und die chubutenser Petrominera werden in Commodoro Rivadavia gemeinsam eine Erdölraffinerie errichten. Nach Angaben beider Seiten belaufen sich die Investition auf U$S 50 Mio., wovon die Italiener 85% des Kapitals und Petrominera 15% übernehmen. Die Raffinerie, die im Industriegebiet Caleta Córdoba gebaut wird, soll jährlich 600.000 m3 Rohöl verarbeiten und im Jahr 2003 in Betrieb genommen werden.

***

Der Motorradfabrikant Siambretta wird in der Provinz Catamarca U$S 2 Mio. investieren. Wie das Unternehmen bekannt gab, sollen in dem Werk Kleinmotorräder produziert werden.

***

Die Mediengruppe Cimeco wird 49% ihrer Aktien für U$S 100 Mio. an die baskische Zeitungsgruppe El Correo und einen US-amerikanischen Investitions-Fonds verkaufen. Cimeco behält mit 51% weiter die Aktienmehrheit, erklärte das Medienunternehmen. Cimeco, in Händen von Clarín und La Nacion, besitzt im Landesinneren die beiden Zeitungen La Voz del Interior (Córdoba) und Los Andes (Mendoza).

***

Yerba Mate aus Misiones wird erstmalig nach China exportiert. Wie die Agrar-Gewerkschaft Misiones' mitteilte, werde der in Teebeuteln verpackte Mate cocido in die Provinz Shangdong geliefert. Mit dem jetzt abgeschlossenen Geschäft wird argentinischer Yerba Mate erstmals zu Verkaufszwecken in das asiatische Land geliefert. Vor zwei Jahren war dort Yerba Mate aus Misiones lediglich zu Werbezwecken angeboten worden.

***

Die Argentinische Zentralbank (BCRA) hat eine Senkung der Referenzzinsen für Fristdepositen von April an verfügt. Die Jahreszinsen der Fristdepositen in Pesos auf 30 bis 60 Tage wurden demnach auf 8,5%, die der Fristdepositen auf 60 und mehr Tage auf 10% gesenkt. Unverändert auf 2% belassen hat die BCRA die Zinsen für „cuentas corrientes communes“ und für „pago diferidos“ in Pesos und Dollars.

***

Die Telefónica-Tochter Unifón wird in den kommenden sechs Monaten U$S 95 Mio. in den Ausbau ihres Mobil-Telefonnetzes im Süden des Landes investieren. In dieser Region hat Telefónica noch bis zum Jahresende das Monopol auf Festanschlüsse; ab dem Jahr 2000 werden im Süden zwei weitere Anbieter für Festanschlüsse in den Markt eintreten. Unifón hat seit Gründung 1995 insgesamt U$S 380 Mio. investiert und kann auf 240.000 Kunden verweisen.

***

Das europäische Unternehmen Farm Frites Beheer hat 50% der argentinischen Alimentos Modernos S.A. (Calcaterra-Gruppe) übernommen. Angaben über den Kaufpreis wurden von beiden Seiten nicht gemacht. Wie Farm Frites Beheer, einer der grössten Tiefkühlkost-Produzenten Europas, jedoch ankündigte, soll die Produktionskapazität des Werkes in Munro um 60% erhöht werden. Dort wurden 1998 Verkaufserlöse von U$S 12 Mio. erzielt. Durch die Transaktion hat Alimentos Modernos jetzt die gesamten 100% des Aktienpakets verkauft.

***

YPF hat am Montag fristgerecht Berufung gegen die vom Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau angewiesene Zahlung einer Busse eingelegt. Das Staatssekretariat hatte YPF zur Zahlung von U$S 109,6 Mio. wegen einer vermeintlichen Monopolstellung des Konzerns im Marktsektor für Pressgas angewiesen. Genau diesen Betrag soll YPF nach Ermittlungen der Staatsstelle seinen Kunden in Argentinien aufgrund der „marktdominierenden Stellung“ zuviel berechnet haben. Der von YPF veranschlagte Exportpreis lag unter dem Inlandspreis. (siehe Wirtschaftsübersicht vom 27.3.99)

***

Die Banco Galicia hat im regionalen Kreditkarten-Sektor expandiert. Über die Konzerntochter Tarjetas Regionales übernahm das Kreditinstitut für U$S 54,2 Mio. die vollständige Kontrolle der Kreditkarten-Unternehmen Naranja (Córdoba), Comfiar (Santa Fe und Entre Ríos) und del Mar (Costa Atlántica). Banco Galicia hatte zuvor bereits 49% der Aktien der drei im Landesinneren

operierenden Unternehmen gehalten. Darüber hinaus strebt der Konzern mit US$ 3 Mio. eine Aufstockung seines Anteils bei Nevada (Mendoza) von derzeit 49% auf 60% an.

***

Zum 1. April sind die Telefongebühren um 0,7% angestiegen. Dies teilte das Sekretariat für Kommunikation am Dienstag mit. Die Preisanpassung wird halbjährlich entsprechend der Inflationsentwicklung in den USA sowie des sogenannten „price cut“ vorgenommen. Dieser verlangt eine jährlich vertragsmässig vorgegebene Senkung der Kommunikationstarife. Für 1998 und 1999 liegt diese Vorgabe laut Konzession bei je 4%. Die Tarife werden jedoch differenziert gesenkt.

***

Die Ölkonzerne Pérez Companc und San Jorge stehen offenbar zum Verkauf. Insiderberichten zufolge sollen die beiden sich im Familienbesitz befindlichen Ölkonzerne, deren Firmenwert zusammen mit U$S 3,5 Mrd. angegeben wird, bereits im Kontakt mit internationalen Käufern stehen. Pérez Companc, nach YPF zweitgrösste Ölgesellschaft des Landes, habe bereits Übernahmeverhandlungen mit Shell gestartet. Während Shell offenbar eine 100%ige Übernahme von Pérez Companc anstrebt, will Konzernchef Gregorio Pérez Companc nur 80% der Aktien veräussern. Das Angebot von Shell soll sich zwischen U$S 2,5 Mrd. und U$S 3 Mrd. bewegen. San Jorge, national die Nummer fünf, habe hingegen bislang nur Kontakt zu einer Consulting-Gesellschaft aufgenommen.

***

Die Scotiabank Quilmes wird U$S 30 Mio. in die Neugestaltung ihrer landesweit 91 Filialen investieren. Daneben werde eine weitere Filiale in Pilar, Provinz Buenos Aires, eröffnet, wie der zweite Vizepräsident der Scotiabank Quilmes, Anatol Von Hahn, am Dienstag erklärte. Im Zuge der Umgestaltung werde auch der blaue Schriftzug der Banco Quilmes in das Rot der Scotia-Bank geändert. Das kanadische Kreditinstitut hält seit 1997 100% der Banco Quilmes, nachdem es zwei Jahre zuvor bereits 25% der Aktien erworben hatte. Weltweit betreiben die Nordamerikaner 1.741 Niederlassungen in 54 Ländern. 1998 machte Scotiabank Quilmes einen Gewinn von U$S 13 Mio..

***

Die Zentralbank hat die für Banken verbindliche Emission von Schuldscheinen flexibilisiert. Die Geldinstitute haben demnach vom 1. Juni an die Wahl zwischen der Emission eines Schuldscheins mit Laufzeit von zwei Jahren in Höhe von 2% ihrer Einlagen oder einer Aufstockung der Mindesteinlage. Damit hat die Zentralbank einem Anliegen der Geldinstitute nachgegeben. Bis zum Inkrafttreten der Entscheidung am 1. Juni bleibt eine Emission dieser Schuldscheine jedoch optativ. Nach diesem Datum wird eine Nichterfüllung automatisch mit einem Anstieg des Mindestkapitals für Kredite verbunden sein. Daneben werden in einem solchen Fall die Zinsen für Liquiditätsmassnahmen (mit Ausnahme der langfristigen Obligationen von mehr als 365 Tagen) um einen Prozentpunkt ansteigen.

***

Die US-amerikanische Exxel Group hat am Mittwoch für 82,5 Mio. die Kontrolle der Eisdielen-Kette Freddo übernommen. Vorrangiges Ziel sei die Expansion im In- und Ausland, verlautete aus Konzernkreisen. Angestrebt seien 25 neue Filialen. In Argentinien solle vor allem die Präsenz in Supermärkten erhöht werden. Investitionen seien auch in Brasilien vorgesehen. Freddo hat in Argentinien (38), Uruguay (5) und Chile (3) bislang 46 Lokale. Der Umsatz beträgt jährlich zwischen U$S 30 Mio. und U$S 40 Mio..

***

Die Soldati-Gruppe strebt den Verkauf von Anteilen ihres Tochterunternehmens Compania General de Combustibles (CGC) an Transportadora de Gas del Norte (TGN) und Gasoducto GasAndes an. CGC besitzt 16% von TGN und 13,5% von GasAndes. Als Käufer ist die französische Total im Gespräch. Total hatte unlängst den argentinischen Markt für Erdgastransport mit dem Erwerb von 10% von GasAndes betreten. Die Anteile waren von den chilenischen Metrogas und Gener abgestossen worden. Im Falle des Geschäftsabschlusses mit CGC, würde Total seinen Anteil am hiesigen Erdgas-Markt auf 20% ausdehnen. Total besitzt bislang 30% der argentinischen Erdgasvorkommen und produziert 16 Mio. m3 Erdgas täglich.

***

Die Überlandstrasse 11 im Grossraum Buenos Aires zwischen Esquina de Crotto und General Conesa wird bis zum Jahr 2001 zu einer Autobahn ausgebaut. Wie das Ministerium für Bauarbeiten und Öffentliche Dienste der Provinz Buenos Aires am Dienstag bekanntgab, sollen bis zum genannten Zeitpunkt neben der Erweiterung von zwei auf vier Spuren auch fünf Brücken über das 25 Kilometer lange Teilstück gebaut werden. Der Konzessionär des Projekts, das Unternehmen Camino del Atlántico, habe die Kosten auf U$S 13,2 Mio.veranschlagt. Eine Erhöhung der Mautgebühr sei nicht geplant. Auch habe Camino del Atlántico den Ausbau der Strasse 63 zu einer Autobahn geplant, hiess es weiter.

***

IRSA und Obras Civiles S.A. haben ein Kompensationsgeschäft im Wert von US$ 15 Mio. abgeschlossen. IRSA, die lokale Immobiliengesellschaft des Finanzmagnaten George Soros, veräusserte an das Bauunternehmen dabei zwei Immobilien in Puerto Madero und erhielt im Gegenzug fünf Stockwerke sowie 75 Autostellplätze im Geschäftsgebäude Laminar Plaza an der Strasse Ingeniero Butty 240, nahe des Sheraton-Hotels. Weitere Projekte von IRSA sind in diesem Jahr der Bau eines Shopping-Centers für U$S 100 Mio. in Rosario, sowie die Umgestaltung der sogenannten Sportstadt des Fussballklubs Boca Juniors.

***

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	18.1.99	25.1.99	8.2.99	15.2.99	22.2.99	1.3.99	22.3.99	26.3.99
Gold, Devisen u. Anlagen	25,99	25,47	24,48	24,57	24,73	24,53	24,16	24,24
Staatspapiere	1,63	1,60	1,64	1,66	1,68	1,68	1,64	1,63
Internat. Reserven ZB	27,62	27,07	26,12	26,23	26,41	26,21	25,80	25,87
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	6,61	6,62	7,56	7,30	6,79	6,80	7,00	7,35
Währungsreserven des Finanzsystems	34,24	33,68	33,68	33,54	33,20	33,01	32,80	33,24
Notenumlauf	16,24	15,58	15,06	15,44	14,63	14,71	14,45	14,08
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,03	0,03	0,03	0,03	0,01	0,02	0,01	0,01
Monetäre Passiven	16,27	15,61	15,10	15,47	14,64	14,73	14,46	14,09
Nettosaldo Swaps	9,51	9,74	9,27	8,99	10,25	9,94	9,73	10,16
Depositen der Regierung	0,88	0,93	0,94	1,96	1,52	2,63	2,44	2,14
Finanzpassiven	25,78	25,35	24,37	24,47	24,88	24,67	24,19	24,25

Quelle: Zentralbank